

SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen

der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäff. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 Mk.
Der Couleur ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Resonanzen an die Schriftleitung.

Nr. 40

Berlin, den 6. Oktober 1912.

16. Jahrg.

Du sollst nicht knechtelig sein im Auslugen nach Arbeit! Du sollst nicht um Arbeit betteln müssen, sondern man soll sie Dir geben müssen als ein Pflichtteil, so zwar, daß der Gebende zum Beschenkten und der Beschenkte zum Geber wird! So sagt es der Geist der Menschlichkeit, der in jedem Menschen, ob Mann, ob Weib, Bruder und Bruder, Schwester und Schwester — nicht Sklaven und Knechte, nicht Lasttiere oder Maschinenteile erblickt.

Prof. Dodel-Bort.

Zum Chemnitzer Parteitag.

Die politische Richtung der modernen, der freien Arbeiterbewegung hielt ihren diesjährigen Parteitag in Chemnitz ab. England, Frankreich, Belgien, Holland, Schweden, Rußland, Ungarn und Dänemark hatten Delegierte geschickt, um der internationalen Solidarität des Proletariats breiten Ausdruck zu geben, während andere Mitglieder der Internationale Begrüßungstelegramme schickten. Der von Ebert erstattete Geschäftsbericht des Parteivorstandes zeigt die Partei auf einer Höhe, die des glänzenden Vier-einviertelmillionenjahres vom 12. Januar würdig ist. Die sozialdemokratische Parteiorganisation konnte am Schluß des Geschäftsjahres 970 112 Mitglieder aufweisen gegen 836 562 im Vorjahre. Die Zunahme betrug demnach 133 550 oder 15,9 pCt. Die Parteipresse hat gegen das Vorjahr 171 000 Abonnenten gewonnen. Aber noch immer stehen uns hunderttausende Arbeiter fern, die politisch und wirtschaftlich zu uns gehören und noch immer wird in hunderttausenden Familien irgend ein Gehirnwerkstätten des Kapitalistenblatt gelesen anstatt des Parteiorgans. Der Redner kam noch auf die Jugendbewegung zu sprechen; das Organ hat heute zwar schon 80 000 Abonnenten, allein angesichts der großen Hilfs- und Nachmittels, über die die verrobbende und verdrummende bürgerliche Jugendbewegung verfügt, haben wir alle Kräfte anzuspannen, um auch hier siegreich über alle Widerwärtigkeiten spotten zu können. Ebert gab gleichzeitig einen Bericht über die vielberufene Gypfingers Angelegenheit, über die der Parteitag später im Sinne des Parteinteresses entschied. — Dem erfreulichen Geschäftsbericht schloß sich ein ebenso günstiger Kassenbericht an, den Braun erstattete. Die Kasse schließt mit einem Defizit von 56 000 Mk. Berücksichtigt man aber, daß die Hauptkasse für den Wahlkampf über 900 000 Mk. ausgab und noch 45 000 Mk. für Landtagswahlen, so ist das „Defizit“ ein glänzender Beweis für die Opferwilligkeit der Parteigenossen. Den Ortskassen legte der Reichstagswahlkampf noch eine Ausgabe von 2 335 000 Mk. auf. Mit scharfen Worten wies Braun einige plumbe Verdächtigungen der Nordb. Allg. Zeitung zurück. Er meinte, sie wären ebenso klar wie das Regierungsprogramm der gottgewollten Abhängigkeit.

Die Diskussion über die Gypfingers Affäre zeigte, in welcher Erbitterung sich beide Parteien hineinbrachten. Da schließlich aus den ursprünglich taktischen Gegenständen nur persönliche Streitigkeiten herausgewachsen sind, wurden zwei Resolutionen wieder zurückgezogen, die beide dem Parteivorstand ein Vertrauensvotum ausstellten, aber in der Beurteilung der Württemberger Parteiverhältnisse von einander abwichen. Da der Parteivorstand hat, von einem besonderen Vertrauensvotum abzusehen, wurden die Resolutionen hinfällig. In der sachlichen Diskussion über den Vorstandsbericht wurden Ratsschlüsse, Wünsche und Vorklagen vorgetragen und dem Parteivorstand einige Direktiven erteilt. Von besonderer Wichtigkeit ist nachstehende Resolution Gottschalk-Bönigsberg, die von allen Arbeitern strikte zu befolgen ist.

„In besonderer Berücksichtigung der neuesten, unter dem Zwingwort „Abkämpfung der Liebesgabe“ erfolgten Mehrbelastung zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten bringt der Parteitag den von den drei letzten Parteitagen beschlossenen Brauntweinbojkott in einbringliche Erinnerung. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts eine erhebliche Verminderung des Brauntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der Volksgesundheit, der Kampffähigkeit des

Proletariats und der Schwächung seiner böswilligen Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erwartet jedoch für die Folge eine noch gewissenhaftere Durchführung des Parteibeschlusses.“

Diese Resolution wohnt den weitergehenden fanatischen Ansprüchen der Antialkoholiker, für den Davidsohn sprach, glücklich ab. — Heinrich Schulz sprach zum Bericht des Bildungsausschusses, der eine recht rege Debatte weckte, die Zeugnis ablegt von dem Streben der Arbeiter nach Bildung und Wissen.

Ein eindringliches Referat erstattete Scheidemann über die Lebensmittelerhebung. Er schilderte in großen Zügen die Ursachen und die Folgen und tieftraurige Wirkung der Teuerung, und wies dann auf die Waffen des Proletariats hin, womit es die Teuerung teilweise wenigstens unmerklich machen kann. Gewerkschaften und Genossenschaften müssen ihren Teil dazu tun, daneben darf aber der politische Kampf nicht vergessen werden. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der es am Schluß hieß:

„Dieselben Junter und Scharfmacher, welche die Auszehrung des Volkes durch ihre Zollwucherpolitik verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das ohne in schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erschöpfen. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vorgewaltigung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.“

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstages für unerlässlich und fordert die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Untätigkeit der kapitalistischen Klassenregierung gegenüber dem schreienden Notstand der Massen mit aller Wucht fortzuführen.“

Die Beratung über den Entwurf des Organisationsstatuts brachte nicht viel neue Gesichtspunkte. Die „politischen Köpfe“ waren ja schon durch die Drüderschwärze ihrer Jungfräulichkeit beraubt. Der Organisationsentwurf wurde angenommen mit unwesentlichen Änderungen, das Delegationsrecht soll einer Revision unterzogen werden. Invalide gewordene Mitglieder behalten bei Vereinerung vom Beitragszahlen ihre vollen Rechte. — Das Stichwahlabkommen und die „Dämpfung“ fand dann einen glücklichen Verteidiger in Scheidemann. In großen Umrissen zeichnete er die damalige politische Lage. Das Volk hatte durch seine Abstimmung bewiesen, daß es der Schnapsblockmehrheit überdrüssig geworden war. Aber bei der Mandatsverteilung ist bekanntlich dieser Volkswille nicht zum richtigen Ausdruck gekommen. Eine alte, längst durch die wirtschaftliche Entwicklung überholte Wahlkreiseinteilung, die schon vor vierzig Jahren einseitig auf die Interessen der reaktionären Junterpartei zugeschnitten wurde, fälschte das Volksurteil in das Gegenurteil um. Nicht die Parteien der Schnapsblockgegner errang die Mandate, sondern die reaktionären Parteien konnten sich schon am Hauptwahltag als die voraussichtlichen Sieger feiern. Selbst die Sozialdemokratie hatte im ersten Wahlgang nur 64 Mandate errungen, die Nationalliberalen — deren Volkstreue und Kampffähigkeit wir durchaus nicht überschätzen — mußten sich mit vier Mandaten begnügen, völlig leer gingen die Freisinnigen aus, obgleich sie 1/2 Millionen Stimmen

auf sich vereinigten. Gleich nach der Hauptwahl wurden die Freisinnigen von den Junkern in Vereinbarung genommen, ihre Siegeszuversicht gründete sich auf den voraussichtlichen Unfall des Freisinn. Die Sozialdemokratie stand damals vor der Frage, ob sie dem Volkswillen Gerechtigkeit zutommen oder ob sie die höhnisch triumphierenden Schnapsblockgegner als Mehrheit wieder in den Wahllokalen einzulassen lassen wollte. Schon das eigenste Interesse zwang die Partei zum Abkommen mit dem Freisinn, aber die bittere Bille der „Dämpfung“ mußten wir leider mitnehmen. Bei der Unterstützung durch die Schnapsblockparteien konnten der Freisinn auf größeren Erfolg rechnen, als bei der Unterstützung durch die Sozialdemokratie. Diese mußte dem Freisinn gewisse Maßnahmen eine Garantie bieten, denn darüber sind wir uns wohl alle einig — aus Liebe zu unseren schönen Augen oder aus Mitleid auf irgend eine ihrer programmatischen Erklärungen ist der Freisinn nicht freisinnig. Das zeigte sich schon am ersten Stichwahltag, etwa fünfzehn Tage hätte die Bente stärker sein können, wenn die Freisinnigen ihrer eigenen Parole gefolgt wären. Der Freisinn mußte stärker beschworen werden, und so bedenklich die Dämpfung aus agitatorischen Gründen ist, die realpolitische Notwendigkeit zwingt uns, in dem sauren Apffel zu beißen. Für die Sozialdemokratie mußte es sich vor allem darum handeln, dem Volkswillen Geltung zu verschaffen; daß heute die Mehrheit der Linken von der Guimittigkeit der Führer, oder der hohlen Zähne dieses oder jenes Abgeordneten abhängig ist, das hat der Freisinn zu verantworten. Die Debatte bewegte sich für und wider den Vorstand, sie wurde zum Teil in recht scharfem Ton geführt. Besonders enttäuscht waren natürlich die Kreise, die „gedämpft“ worden waren, was die Vertreter dieser Kreise im Stichwahlkampf an Temperament nicht haben los werden können das entlud sich auf den Parteitag umgemindert durch die monatelange Lagerung. Scheidemann verteidigte das Abkommen im Schlußwort ruhig und entschieden, auf seinen Wunsch ging der Parteitag über das und Tadelsvoten zur Tagesordnung über.

Für die Reichstagsfraktion sprach Stadthagen. Gehaft wurde teils für, teils gegen die Sonderkonferenzen der „Revisonisten“ und der „Radikalen“ gesprochen. Der Parteitag drückte den Wunsch aus, daß diese Konferenzen nicht mehr stattfinden. Bedenklich stimmt uns die Ausführung Bebel's, daß die neugewählten Fraktionsmitglieder sich bei ihm beklagt hätten, daß sie sich einer der beiden Richtungen anschließen müßten, sonst kämen sie nicht zu Wort. Wenn also die Schlagworte beider Richtungen nicht zusagen, muß den Mund halten — ob die Wähler sich diese Lächerlichkeit (um kein scharfes Wort zu wählen) lange gefallen lassen werden?

Einstimmig nahm der Parteitag dann folgende Resolution an:

„Die Tatsache, daß die Fälle sich mehren, wo friedliche Personen, durch Arbeitswillige schwer mißhandelt, sogar niedergeschossen werden, veranlaßt den Parteitag zu scharfem Protest gegen die planmäßige Verwahrung der Arbeitswilligen und gegen die nachsichtige Haltung der Behörden gegenüber den Gewalttätigkeiten dieser Personen. Die Fraktion wird aufgefordert, in geeigneter Weise diese Mißhandlungen, die von Arbeitswilligen verübt werden, zur Sprache zu bringen und zu verlangen, daß der Unzufriedenheit und

dieser gemeingefährlichen Elemente ein Ende gemacht wird."

Vorher hatte Hue über Bergarbeiterbeschäftigung referiert. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. In der Waiseierfrage, der Wurm, der nicht sterben, allein noch viel weniger leben kann, wurde beschlossen, den Antrag 90 vom Nürnberger Parteitag aufzuheben. Es handelt sich um den Beschluß, der die Angestellten der Arbeiterbewegung zwingt, am ersten Mai eine Tagelohnabzuführung. Gegen die Aufhebung wurde das konfuse Zeug vorgebracht. Ein Hamburger Delegierter sah das Ende der Waiseier gekommen, wenn die Angestellten ihren Tagelohn nicht abzuführen brauchen. Nach dieser Beleidigung der den 1. Mai feiernden Arbeiter, erging sich der Redner, wie auch schon im Vorjahre in starken Ausdrücken gegen die Angestellten, die sich nach Ausführungen angeblich von der Abführung drücken wollten. Bergessen hat der betreffende Redner jedenfalls den Namen des Hamburger Genossen, der nichts eiligeres zu tun hatte, als aus seiner Gewerkschaft auszutreten, als diese bei einem großen Lohnkampf beschloß, daß sämtliche Angestellte der Arbeiterbewegung, soweit sie dem betreffenden Verbände angehören, zugunsten der Ausgesparten auf die Hälfte des Gehalts zu verzichten hätten. Der nächste Parteitag wird sich mit dem Nürnberger Beschluß erneut beschäftigen.

In einem wohlüberdachten, grundlegenden Referat gab Haase einen Ausriß des Imperialismus. Unter Imperialismus versteht man das Streben nach Gewinnung neuer Macht- und Einflußsphären in fremden Ländern, nach Hinauschiebung der eigenen Staatsgrenzen, nach Kolonien. Hand in Hand mit dem Imperialismus geht das Weiterrücken der Kulturvölker. Das Problem erschien zum ersten Male auf einem sozialdemokratischen Parteitag und ist auch vorher in der Presse wenig erörtert. Lensch, Pannekoek und Cohen vertraten in der Diskussion einen anderen Standpunkt als die Mehrheit. Bei der Wichtigkeit der Frage und dem Umfang, den sie in Zukunft in der Parteidiskussion einnehmen wird, drücken wir die Resolution ab, obgleich sie etwas lang geraten ist.

Die unter Verklümmung der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwertungsmöglichkeiten. Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgedehnt. Der durch das Schutzollsystem mächtig geförderten Organisationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße beherrschen, mißt ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienstbar zu machen, von dem Wirtschaftsgebiet der Welt große Teile ihrer Einfluß- und Machtphäre zu unterwerfen und fremde Konkurrenten auszuschließen. Zu diesem Zweck ist die brutale Gewalt willkommen, wenn sie Erfolg verspricht. Eine struppellose Raub- und Eroberungspolitik, deren bolschewistischer Charakter bereits der Parteitag in Mainz im Jahre 1900 gebrandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um Vorteile fleißig durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu bringen, werden die Werkzeuge in unerhörter Weise vermehrt und vervollkommen.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalistenklasse daselbe Expansionsbedürfnis hat, entstehen schwere

Verwickelungen und scharfe Gegensätze, die wiederum den Mutrieb für bis zum Wahnsinn vermehrte und verstärkte Rüstungen geben. Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verschärft durch die schamlose Hege der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial, an der Vergrößerung des Beamtenapparates und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben.

Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Sozialrecht und hemmt die Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die Rüstungsausgaben burden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Zuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Mann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt. Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern. Der Parteitag behandelte den entschlossenen Willen, alles anzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten. Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Weltfrieden ein Ende gemacht wird, daß den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegenreißt. Der Parteitag fordert an Stelle heutigetägiger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Beseitigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzollsystems.

Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdet für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Macht den gewaltigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergeworfen ist. Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufe geleitet gebrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbstständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

Eng zusammen mit der Frage des Imperialismus hängt auch das Ausschlussverfahren gegen Hildebrandt. Hildebrandt hat außer einigen Verlöben — so hat er in öffentlichen Propagandaveranstaltungen das Programm der Sozialdemokratie angegriffen, ein Vorgang, der nie und nimmer geduldet werden darf — auch die Schuld auf sich geladen, ein größtes gelehrtes Buch geschrieben zu haben. Wenn man den Verteiliger Hildebrandts, den Sprecher der Minorität, hörte, muß man annehmen, daß es kein zweites so tiefgründiges Werk gibt. Nicht einmal die Akademiker verstehen es, obgleich diese Sorte Leute doch sonst alles kennen und können — d. h. sobald sie Sozialdemokraten geworden. Blieben sie im bürgerlichen Lager, müßten sie sich entweder prostituierten oder sie müßten jahrzehntelang für einen Bettelohn arbeiten. Kommen sie jedoch zur Sozialdemokratie, dann werden sie nach kurzer Zeit Parteizeitungshandwerker (Hildebrandt), oder nach dreijähriger Parteimitgliedschaft

Reichstagskandidaten (Maurenbrecher) und spielen eine große Rolle. Für sie als Akademiker kann doch nicht gelten, was für jeden gewöhnlichen Arbeiter gilt, und deshalb schlagen sie bald nach links, bald nach rechts über die Stränge — und die Arbeiter sollen sich die Finger lecken nach diesen Parteiengenossen. Es bleibt schon so, wie Ad. Hoffmann auf dem Hamburger Parteitag sagte: Solange ein Wahlkreis schwere Agitationsarbeit erfordert, kandidiert ein Arbeiter, wird er reis für die Sozialdemokratie, fällt er einem Akademiker in den Schoß. — Wir kennen das grausam gelehrte Buch Hildebrandts auch nicht, deshalb geben wir Dr. Laufenberg das Wort, der es als scheinend ernsthaft studierte — wenigstens hat Hildebrandt im Gegensatz zur Auslegung seines Buches durch andere Redner, Laufenberg nicht widersprochen. Laufenberg erinnert an Lassalles Wort von der Freiheit der Wissenschaft, fährt dann aber fort:

Der Wissenschaftler ist innerlich nicht mehr Sozialdemokrat, wenn er sich selbst außerhalb der erwähnten Gruppe stellt, zu den Fundamenten des Programms sich in Widerspruch setzt. Das möchte ich mit allem Nachdruck unterstreichen: wir sind kein wissenschaftlicher, wir sind ein politischer Kongress. Zwei Dinge sind für uns unantastbar bei voller Freiheit des Forschens, die Demokratie und der Sozialismus. Könnte ein konservativer Sozialist, der Gegner der Demokratie, Sozialdemokrat sein? Hildebrandt behandelte den Sozialismus als offene Frage. Ich will mich bemühen, den Gedankengang seines Buches auf wenige knappe Sätze zu bringen: alles, die Existenz der ganzen Gesellschaft beruht auf dem Bauerntum; von ihm gerät die Industrie in wachsende Abhängigkeit; in der Industrie allein ist demokratischer Sozialismus möglich; der Sozialismus beschränkt sich damit auf ein Produktionsgebiet, das in unbedingter Abhängigkeit von einem übergeordneten Produktionsgebiet steht, das nur als individualistisches Produktionsgebiet möglich ist; und dieses individualistische Produktionsgebiet ist das ausschlaggebende, herrschende, wachsende. Hildebrandt streift Fragen, deren Deklaration vom Standpunkt unseres Programms kritisch ist, und leugnet darüber hinaus die Möglichkeit des Sozialismus auf dem Boden der Gesamtgesellschaft. Auf was anders aber zielt der demokratische Kampf der Arbeiterklasse ab, als auf Verfügen, auf Bestimmung der Verwendungsrichtung der Produktionsmittel? Dabei handelt es sich, das möchte ich Müller gegenüber bemerken, um die für die Existenz der Gesellschaft maßgebenden Produktionsmittel, so daß neben dem gesellschaftlichen Eigentum allerdings auch andere Eigentumsformen möglich bleiben. Ueberall begegnen uns der Schrei nach Brot! Allenfalls, gegenüber der industriellen und der agrarischen Produktion, mag es sich in der letzteren um die Produktionsgebiete der kleinen oder großen Landwirtschaft handeln, sehen wir das Endziel in der Vergesellschaftung der Produktion. Nicht mit Hildebrandts Auffassung der Sozialpolitik, von der Ueberindustrialisierung Westeuropas auseinanderzusetzen, kann ich mir im Rahmen dieser Ausführungen erlauben. Denen, die sich für ihn engagieren, möchte ich nur noch eines bemerken: Sein Buch trägt die Widmung an Friedrich List. List hat manches Richtige geleistet und ein tragisches Schicksal hat ihn verfolgt. Aber er steht theoretisch nicht nur hinter Smith und Ricardo, er steht selbst hinter den Physiokraten, den Wirtschaftstheoretikern am Eingang der großen französischen Revolution. Und diese Widmung ist nicht zufällig. Sie entspricht durchaus dem inneren Wesen der Auffassungen Hildebrandts. Selbst vom Standpunkt des wissenschaftlichen Fortschritts ist eine Gemeinschaft mit Hildebrandt ein Ding der Unmöglichkeit. Freiheit in unseren Reihen, soweit es

Die Federung bei Automobilen.

Wenn in den folgenden Ausführungen dieses Thema behandelt wird, so möchten wir die Uebersicht im weiteren Sinne verstanden wissen, daß nicht nur die eigentlichen Wagenfedern darunter zu fassen sind, sondern alle Hilfsmittel, welche die moderne Automobiltechnik kennt, um die von der unebenen Fahrbahn das Rad treffenden Stöße auf dem Wege zum Chassisrahmen möglichst zu verrichten oder mindestens auf ein Minimum abzuschwächen.

Beobachtungen über gut oder schlecht gefederte Fahrzeuge hat man im öffentlichen Leben täglich Gelegenheit zu machen. Wer zum Beispiel die elektrische Straßenbahn viel benutzt, wird bald herausfinden, daß man in den Triebwagen bedeutend ruhiger und stoßfreier fährt, als in den mindertwertig gefederten Anhängerwagen. Das Reiten in einem gut gefederten D-Zugwagen, verglichen mit jenem in einem Wagen 4. Klasse, läßt ebenfalls die Unnehmlichkeit eines gut gefederten Fahrzeuges deutlich erkennen. Da sich nun das Automobil nicht auf einer fast ebenen Fahrbahn wie der Eisenbahnwagen bewegt, sondern von ihm verlangt wird, daß es auf schlechten Landstraßen ohne starke Erschütterungen in raschem Tempo dahineilt, so erscheint es natürlich, daß eine gute Abfederung des Automobils von noch größerer Bedeutung ist, als bei den zu Anfang angeführten Beispielen.

In den ersten Anfängen des Automobilwesens begnügte man sich, wie mit vielen anderen Details, auch die Federkonstruktion dem gewöhnlichen Wagenbau zu entnehmen. Solange das Automobil nur die uns jetzt sehr bescheiden vorkommende Geschwindigkeit von circa 25 Kilometer pro Stunde hatte, haben die gewöhnlichen Wagenfederkonstruktionen auch vollkommen den Zweck erfüllt. Mit der Erhöhung der Geschwindigkeit gingen die Verbesserungen der Abfederung des Wagens Hand in Hand. Hierzu kommt noch ein anderes Moment. War früher der Käufer zufrieden, wenn sein Wagen ohne große Pannen überhaupt lief, so stellt

der moderne Passant an ein Automobil in der Regel Ansprüche, welche die Fabriken nur mit größter Anstrengung erfüllen können. Zu diesen Bedingungen gehört auch eine sanfte Federung des Wagens, die auch das Automobilfahren tatsächlich erst zum richtigen Genuß macht. Die Bequemlichkeit des Fahrzeuges ist es aber nicht allein, die eine gute Federung des Wagens notwendig erscheinen läßt, vielmehr sind es auch wichtige Gründe rein technischer Natur. Wenn zwischen Rad und Chassis überhaupt keine elastischen Mittel wären, so würde jeder Stoß gegen die Räder ungeschwächt die edlen Triebwerkteile des Rahmens treffen und die baldige Zerstörung des Motors sowie des Getriebes wäre die direkte Folge, da selbst das edelste Material eine Beanspruchung durch unelastische Stöße für die Dauer unmöglich standhalten kann. Je schneller das Fahrzeug fährt und je unebener die Fahrbahn ist, desto größer sind die auftretenden Stöße. Da bei einem nicht gefederten Wagen das Fahrzeug mit seinem ganzen Gewicht den Unebenheiten des Bodens folgen muß, so wird bei gleicher Geschwindigkeit der Kraftverbrauch ein viel größerer sein, da immer wieder das ganze Gewicht des Wagens aus den Bodenvertiefungen gehoben werden muß. Daß demgemäß ein nicht oder schlecht gefedertes Fahrzeug durch die entstehenden Zerstörungen und durch den größeren Benzinverbrauch eine schlechte Oekonomie hat, ist die weitere Folge. Außer der Kompensation der die Wagenräder beim Fahren treffenden Stöße soll also die Wirkung der zwischen Rad und Rahmen eingeschalteten elastischen Mittel darauf sein, daß nur die Räder mit der Masse den Unebenheiten des Bodens folgen, während der übrige Teil des Wagens hiervon möglichst unbeeinträchtigt bleibt. Daher muß die Konstruktion so sein, daß der Stoß von vornherein möglichst gering wird. Am günstigsten wäre die Verwendung möglichst großer Räder, die viel weniger die Tendenz haben, den Unebenheiten des Bodens zu folgen, während ein kleines Rad in jede Vertiefung einrastet. Es ist ja auch bekannt, daß ein Wagen mit großen Rädern sich viel leichter fortbewegen läßt, als mit kleinen. Wenn man diese schon alte Erfahrungstatsache nicht auf das Auto-

mobil übertrug, so hat das seinen Grund darin, daß man das Uebersehungsverhältnis des Triebwerkes unerwünscht hoch wählen müßte, vor allem aber darin, daß der Anschaffungspreis derart großer Pneumatik unerschwinglich hoch wäre. Vorteilhaft in diesem Sinne ist weiter ein großer A d - und A c s t a n d. Besonders die amerikanischen Wagen, so zum Beispiel der in Deutschland viel gefahrene Fordwagen, machen sich das zunutze. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß die schöne Form des Wagens darunter leidet und sich ein breitspuriges Gefährt viel schwieriger auf belebten Straßen durchwindet. Ein großer Radstand beeinflusst in bedenklicher Weise die Lenkfähigkeit des Wagens, so daß man hierbei nicht zu weit gehen kann. Die gegenwärtigen Automobilkonstruktionen stellen in Bezug auf die Dimensionierung von Rad- und Achsstand ein Kompromiß dar.

Der Stoß, der beim Fahren zuerst die Räder trifft, pflanzt sich auf die Federn fort, um auf dem Wege über den Chassis und der Karosserie dem Fahrergast fühlbar zu werden. Durch die eingeschalteten elastischen Mittel nämlich: Pneumatik, Feder, Federdämpfer wird der Stoß immer elastischer, um schließlich sich in der weichen Polsterung fast vollends zu verlieren.

Da der Pneumatik den Kontakt zwischen Fahrzeug und Fahrbahn herstellen muß, so wird er in erster Linie von den Stößen und Erschütterungen getroffen. Der durch eingepreßte Luft prall werdende Gummimantel macht denselben vorzüglich geeignet, Stöße abzufangen und die für das Triebwerk so gefährlichen feinen Vibrationen gewissermaßen zu verschlucken. Er dämpft außerdem nicht nur die Stöße, sondern er sorgt auch dafür, daß von vornherein weniger Stöße auftreten. Der Pneumatik wirkt also ebenfalls auf die Fahrbahn und somit verhängend auf das Fahrzeug derart, daß sich bei Erhöhungen der Pneumatik zusammendrückt, während er sich in Bodenvertiefungen einsaugt und dieselbe ausfüllt. Diesen vorzüglichen Eigenschaften stehen leider auch unangenehme gegenüber. Der Gummi ist teurer und der Luftreifen bildet wohl noch den schwächsten Punkt am

geht, und ich verstehe, wenn gerade unsere Freunde vom rechten Flügel für größere Freiheit der geistigen Bewegung eintreten. Ueber manche Dinge hat auf diesen Parteitage eine bedeutsame Neuorientierung Platz gegriffen. Wir alle sind einig, daß jeder Angriff auf das Wesen unserer Sache abgewehrt werden muß. Ich habe das feste Vertrauen, daß niemand die Verstärkung unserer Grundprinzipien will. Darum und aus einer Reihe anderer Gründe, die auf der Hand liegen, halte ich ein einstimmiges Votum des Parteitages für unerlässlich. Ich schlage Ihnen daher folgendes vor:

Der Parteitag erklärt, daß die Ausschreibungen Hilbrandts in keiner Weise die unserigen sind, daß Hilbrandt im Rahmen seiner heutigen Ausschreibungen ungeeignet ist, als Interpret und Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten. Jede Verantwortung für die Ideen Hilbrandts, für sein politisches Auftreten lehnt der Parteitag ab. Der Parteitag erwartet, daß damit die Angelegenheit erledigt wird.

Diesen Ausführungen ist nichts hinzuzusetzen. In Wirklichkeit ist es mit der Wissenschaft nicht so weit her, wie es Müller-München darstellt. In der Sammlung „Staatsbürgerliche Flugblätter“ hat Hilbrandt eine 63 Seiten starke Broschüre erscheinen lassen: „Sozialistische Auslandspolitik“. Diese Schrift enthält, wie wir aus der Darstellung Laufenbergs schließen können, in Kürze die Hauptgedanken des kritischen Buches. Hilbrandt schreibt selbst auf Seite 6 der „Soz. Auslandsp.“:

„Die allgemeinen Triebkräfte und Bedingungen dieser Entwicklung (nämlich die Entwicklung der Agrarländer zu Industriestaaten) und ihre möglichen Folgen für alle auf fremde Bauerngrundlagen angewiesenen Industriestaaten habe ich in meinem Buch „Die Erschütterung der Industriebherrschaft und des Industrioszialismus“ (das kritische Buch) ausführlich darzustellen versucht. Hier handelt es sich darum, die kolonialwirtschaftlichen Lebensbedingungen der Industriestaaten noch eingehender und mit besonderer Bezugnahme auf die kolonialpolitischen Realitäten der Beteiligten zu behandeln. Nur einige Hauptgedanken aus der erwähnten Schrift müssen mit in- zwischen neu zugänglich gewordenem Anschauungsmaterial kurz wiederholt und in Einzelheiten ergänzt werden.“

Hilbrandt gibt sich in diesem Buch als Imperialist vom reinsten Wasser, daran ändert auch die Nüchternheit seiner Anschauung als „sozialistischer Imperialismus“ nichts. Um sich weiter entwickeln zu können, braucht Deutschland Kolonien. Weil in Amerika und Asien nichts zu holen ist, muß Afrika dazu glauben. Hier besitzen aber Frankreich (mit Marokko ohne Sahara) 6 523 882 qkm, England (mit Ägypten) 8 745 119 qkm, Portugal 2 039 961 qkm. Diesen portugiesischen Besitz muß Deutschland zum großen Teil haben. Hilbrandt vergißt aber unsere Bundesgenossen nicht: Italien bekommt ein Stückchen englischen Besitzes. England soll sich schadlos halten an — Portugal, wobei Hilbrandt vergißt, daß es für England vorteilhafter ist, nominell auf Portugals Besitzungen zu verzichten, weil es sie schon hat. Hilbrandt nennt diese Vorschläge dann aber plötzlich politische Phantasien — also sind sie ihm vergeben. Die französische „Tunifikation“ Marokkos kann Deutschland nicht dulden, wenn wir nicht dafür Äquatorial-Afrika erhalten. Wir bekommen nur ein Stückchen, wird Hilbrandt der Regierung ein Mißtrauensvotum ausstellen, weil sie nicht den Vorkriegsstand entfacht? In seinem Schlusswort bestritt Hilbrandt in Chemnitz, daß er geschrieben hätte, Deutschland müsse Frankreich und England zwingen,

Automobil. Gerade durch Pneumannen kommt man oft in die unangenehmsten Situationen. Es ist daher erklärlich, wenn der Erfab dieser immerhin noch recht unvollkommenen und teuren Beförderung den Erfindergeist aufs intensivste angeregt hat. Auf der Suche nach solch einem Ersatz ist auch das federnde Rad entstanden, in Nichtbeachtung der geschichtlichen erfindenden Wirkung des Pneus, welche durch einen unelastischen Nachdruck nie erreicht werden kann. Soviel derartige Konstruktionen schon ausgetauscht und patentiert sind, so hat sich noch nicht eine einzige in die Praxis Eingang zu verschaffen gewünscht; man nimmt immer noch lieber die Unannehmlichkeiten des Luftreifens in Kauf, als daß man ein derart primitives Ersatzmittel wie das federnde Rad verwendet. Die neueren Bestrebungen, die großen Zeitverluste durch Defekt der Reifen auszuscheiden, gehen auch tatsächlich darauf hin, nicht den Luftreifen zu ersetzen, sondern Radkonstruktionen zu schaffen, welche ein schnelles Auswechseln des defekten Rades ermöglichen.

Wenn der Pneumatik mehr die feineren Stöße und die kleineren Unebenheiten der Fahrbahn kompensiert, so hat die eigentliche Wagenfeder die Aufgabe, das Chassis den größeren Bodenerhebungen und Vertiefungen nicht folgen zu lassen. Man kann ja auch an einem fahrenden Automobil leicht beobachten, wie sich die Wagenachse entsprechend den Unebenheiten des Bodens auf und ab bewegt, während das Chassis von diesen Bewegungen kaum beeinflusst wird. Es leuchtet daher ein, wenn man bei der Konstruktion eines Automobils dafür Sorge trägt, die edlen Teile an dem Chassisrahmen unterzubringen, an welchem sie ja nur von stark gemilderten Stößen getroffen werden und dadurch eine größere Lebensdauer bekommen. Von diesem Gesichtspunkte aus stellt gegenüber dem früher gebauten Kettenwagen der modernen Caravanwagen eine grobe Durchbrechung dieses wichtigen Konstruktionsprinzips dar. Wenn trotzdem der Cardanwagen fast ausschließlich das Feld erobert hat, so liegt dies in den heutzutage wichtiger erscheinenden Vorteilen: einfache Wartung und Geräuschlosigkeit. (Schluß folgt.)

ihm Kolonien abzugeben, — Hilbrandt wird ein Kommentar zu seinen Büchern herausgeben müssen, sonst wird ihm der Vorwurf noch öfter gemacht werden. Denn es ist einfach ein Mißbrauch des Wortes, wenn er seine Phantasie eine „sozialistische“ Lösung nennt. Es gibt nach ihm noch eine „radikalere“ Regelung der Verhältnisse: „Die Fokussierung der westeuropäischen Staatengemeinschaft. Käme diese Fokussierung zustande, dann wären nicht nur die Kolonien, sondern auch viele andere Schwierigkeiten beseitigt.“ Aber England und Frankreich haben kein Interesse an der Fokussierung, weil sie Kolonien haben, ergo muß Deutschland Kolonien haben. Und so weiter im Kreise.

Trotzdem billigen wir den Ausschluß nicht, besser wäre die Annahme der Resolution Laufenberg gewesen. Die Ausschließung ist Hilbrandt unrecht, weil noch andere Doktrinen rechts und links am Parteiprogramm vorbeistapfen, außerdem kommt der Ausschlossene in den Kredit eines Märtyrers und die Partei — unberechtigterweise — in den Verdacht der Intoleranz. Wenn Hilbrandt nach Annahme der Resolution Laufenberg noch in der Partei geblieben wäre, so wäre er moralisch ohnedies fertig gewesen. Die Resolution war eine sanfte Aufforderung der Partei an Hilbrandt, die Tür von draußen zuzumachen....

Nach der Schlacht der Doktrinen um Hilbrandt wurde der übrige Verzicht der Beschwerdekommission gleichgültig entgegengenommen — es waren ja nur Arbeiter, höchstens noch Angestellte. Der nächste internationale Kongress wird von 75 Genossen besetzt. Der Parteivorstand wurde wiedergewählt.

Nun zur neuen Agitation!

Herren und Knechte.

Von John Henry Macay.

Ein Hund ist der, der einen Herren kennt!
Doch wir sind Herren nicht und sind nicht Knechtel
Schamlose Frechheit wagt es noch und nennt
Knecht einen andern, dem die gleichen Rechte.

Wie ihm gelegt einst in des Lebens Wiegel
Ein jeder sehe, ob er gehen kann,
Doch keiner sei so hündisch, daß er blege,
Sein Knie in Furcht vor einem andern Mann.

Gleich hoch sei jede Menschenstirn gehoben,
Ob sie nun arm sei oder schäherich!
Ich will mein Recht, du magst das deine loben:
Für mich, für dich, für alle ist es gleich.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das deutsche Wirtschaftsleben steht nach wie vor unter dem Druck der hohen Lebensmittelpreise. Es erübrigt sich wohl, die Teuerung durch Ziffern be- weisen zu wollen, wer sie noch nicht an eigenen Leibe verspürt hat, der ist entweder wirtschaftlich und sozial so gestellt, daß er für den Kampf der Arbeiter um billige Lebensmittel wenig oder gar kein Interesse hat, oder aber er ist so stumpf und indiffe- rent, daß er nicht einmal die Stodprügel auf den Magen fühlt, mit denen die Lebensmittelwucherer und ähnliche Parasiten das Volk mißhandeln. In beiden Fällen wird auch der ziffermäßige Nachweis des Notstandes keine Wirkung haben. Wer aber Mensch und Arbeiter ist, der braucht nur einen Blick in den Kochtopf zu tun, um zu wissen, daß Deutschlands Kulturgrundlage rapid gesunken ist und noch ständig sinkt. Wer sich den Bauch mit auserlesenen Speisen vollschlagen kann, hat gut zeter über den Mate- rialismus derer, denen „Ihr Bauch der Gott ist“. Wir wissen uns aber eins mit den hervorragendsten Geistern aller Zeiten, wenn wir Essen und Trinken die Grundlage aller Kultur nennen. Schillers oft zitiertes Wort, daß der Mensch noch nichts ist, wenn er satt zu essen und zu trinken hat und warm wohnen kann, daß dies aber die Vorbedingung aller höheren Lebens- werte ist, wird bestätigt durch Goethe:

„Von unten herauf muß die Gesellschaft gebaut sein, auf der materiellen Grundlage der Bedürfnisse. Erst das Nützliche: Essen, Trinken, Wohnen, Schlafen, Kleidung und Heizung; dann das Wahre, die Durch- bringung des Nützlichen mit menschlicher, sittlicher Lebensanschauung (das gibt den Lebensmittelwucherern), und zuletzt als Krone das um seiner selbst willen bezweckte Schöne, die Kuppel auf dem Dom der Gesellschaft.“

Ist damit nicht un'er Kampf um den gefüllten Kochtopf, von vornherein geadelt? Eine gefüllte Kompostkassette ist gut: hätten wir sie nur, ein guter Wraton ist uns lieber, ist für die Er- nährung auch wichtiger. Mit Recht wird der Kampf gegen die Fleischteuerung mit voller Kraft fortgesetzt — leider nicht überall. Es gibt „positive“ Kämpfer gegen die Teuerung, die die Parole für den Fleisch- boykott ausgeben. Dieser Kampf gegen die Teuerung ist wirklich verfehlt. Mögen die Boykottler ihren „Kampf“ gegen die Fleischteuerung führen, in-

dem sie freiwillig auf den Fleischgenuß ver- zichten, wir andern führen unsere Kampf- beweis, die Forderung und der Siegespreis ist in beiden Fällen: billiges Fleisch. Da selbst die Bedingungen sind fast gleich, die Boykottler verzichten freiwillig auf den Fleischgenuß, aber nur gezwungen. Allein die Wirkung ist grund- verschieden:

Während der freiwillige Verzicht auf die Arbeiter einschläfernd wirkt, peitscht der ge- zwungene Verzicht das Blut zu heller Em- pörung. Und aus dieser Empörung wachsen die Waffen, die uns den Sieg bringen — heute oder morgen.

Aber noch aus einem anderen Grunde hatten wir einen allgemeinen Fleischboykott für sehr bedenklich: Die moderne Arbeiterbewegung hat nicht die Aufgabe, die Arbeiter zur Bedürfnislosigkeit zu erzwingen. Seit Vassalles Zeiten haben wir unsere Aufgabe darin erblickt, die Arbeiter von ihrer „verdammten Bedürfnislosigkeit“ zu befreien. Sollte dies plötzlich durch einen allgemeinen Fleischboykott in das Gegenteil verwandelt werden, dann wäre wirklich ein fünfzig Jahre schwerster Agitationsarbeit überflüssig und vergebens gewesen. Die Arbeiter verfallen in den alten Fehler ihrer Bedürfnislosigkeit, viel leichter, als sie daraus befreit werden können. Die Junter haben ihren Vorteil sehr wohl begriffen; noch bevor der Gedanke des Fleischboykotts in die Öffentlichkeit gedrungen war, haben die Zeitungen der Fleischwucherer eine Einschränkung des Fleischbedarfes empfohlen, und die Boykottler, die zweifellos glauben — den guten Glauben muß man ihnen doch zugute halten. — den Fleischwucherern einen unverwundlichen Schlag zu ver- zehren, sehen plötzlich ein — wir sehen diese Einsicht wenigstens voraus — daß sie unverzüglich und un- willkürlich die Geschäfte ihrer Todfeinde verrichteten. Die Boykottler haben den Kampf aufgegeben, sie haben resigniert und darauf verzichtet, die materiellen Kulturbedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen. Welchen speziellen Wert sollte auch ein Fleischboykott haben? Sind etwa Brot, Salz, Zucker, Kaffee und andere Lebensmittel weniger belastet? Die industriellen Schurkener fordern bei jeder Lohnbewegung dasselbe, was jetzt die Junter bei der Fleischnot empfehlen: Ein- schränkung des Bedarfs der Arbeiter. Wie wäre es, wenn man den Boykottgedanken einmal konsequent zu Ende denkt und neben Fleisch noch Brot, Salz, Butter, Zucker usw. auf die Zukunftsliste setzt?

Noch auf ein unüberwindliches Hindernis stoßt der Fleischboykott. Wenngleich feststeht, daß der Durch- schnittsverbrauch jedes Deutschen, besonders aber des Arbeiters, an Fleisch noch weit hinter der Quantität zurückbleibt, die das Durchschnittsmaß für jeden als notwendig berechnet hat, so hat der Körper des deutschen Arbeiters sich an sein kleines geringwertiges Stückchen Fleisch doch schon so gewöhnt, daß er ohne diese Stärkung den Kräfteverbrauch nicht ersehen kann. Selbst wenn die Arbeiter verzichten wollten, einen Boykott des Fleisches strikte durchzuführen, so würden sie bald die Erfahrung machen, daß der Boykott nur kurze Zeit durchzuhalten ist. So wenig man einen allgemeinen Brotboykott durchführen kann, weil die Arbeiter essen müssen, ebensowenig ist ein allge- meiner Fleischboykott durchführbar, weil die Arbeiter kultiviert genug sind, Fleisch essen zu wollen, und weil die fleischlosen Speisen die in harter Fron verbrauchten Kräfte nicht wieder ersetzen können. Die „Schwäbische Tagwacht“ veröffent- lichte folgenden „fleischlosen“ Speisezeitel für die Woche:
Montag: Kartoffelsuppe, Semmelknödel, Apfelfompott.
Dienstag: Rinsuppe, Zwiebackknödel.
Mittwoch: Gemüsesuppe, Spiegeleier, Kartoffelsalat.
Donnerstag: Brotsuppe, Grießkloße, Kompott.
Freitag: Gebrannte Mehlsuppe, Wöhren, Nudeln.
Samstag: Sagosuppe, Reisbrei, Birnenschnitz.
Sonntag: Reissuppe, Spiegeleier, Spinat, geröstete Kartoffeln.

Abgesehen davon, daß ein norddeutscher Magen gegen diese Verleumdung bald revoltieren würde, glauben wir auch nicht daran, daß solche Magen- füllungen den Kräfteverbrauch eines süddeutschen Ar- beiters auf die Dauer ersetzen kann. Und daß man die Fleischwucherer nicht von heute auf morgen kera- machen kann — wenn dieser Irrglaube überhaupt vor- haupt vorhanden sein sollte — ist für jeden klar, der die Verhältnisse ansieht, wie sie sind.

Lassen wir uns durch solche Zwischenspiele nicht abhalten vom Kampf gegen die Teuerung. Die Aufgabe der modernen Arbeiterbe- wegung ist, die Arbeiter aufmerksam zu machen auf das, was sie bisher entbehrten, ihnen nachzuweisen, wie reichlich auch für sie der Tisch des Lebens gedeckt ist, und ihnen Mittel und Wege zu weisen, ihre neuen materiellen und geistigen Kulturbedürfnisse, allen Widerständen zum Trotz, decken zu können. Die Resignation ist weder Mittel noch Weg, unsere Ziele erreichen wir nur durch Kampf, allerwärts den Kampf!

Die Unterernährung des deutschen Volkes macht sich nun auch an einem Punkt bemerkbar, wo er selbst den deutschen Gewalthabern unangenehm wird. Seit einigen Jahren haben sich die Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgesetzes ständig verschlechtert. Während im Jahre 1905 von je 100 endgültig Abberufenen noch 56,3 tauglich waren, sank dieser Satz bis zum Jahre 1910, wo er nur noch 33,0 betrug. Die „künftig tauglichen“ machten 1905 von 100 = 14,7 aus, 1910 waren es 14,8, dagegen stieg der Anteil der „minder tauglichen“ und der „untauglichen“ in dieser Zeit von 28,8 auf 32. Eine besonders auffallende Verschlechterung weisen die in-

österreichischen Landesanteile auf; z. B. waren von 100 endgültig Abgefertigten in

Table with 4 columns: tauglich oder künftig tauglich, untauglich oder minder tauglich, and rows for Brandenburg, Prov. Sachsen, etc.

Der hohe Prozentsatz der für den Militärdienst untauglichen oder minder tauglichen jungen Leute sollte, wenn alle anderen Argumente nichts fruchten wollen, der Regierung denn doch eine ernste Mahnung sein.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes hat sich im August im allgemeinen gebessert. Es kamen im Berichtsmat bei den an den Arbeitsmarkt berichtenden Arbeitsnachweiser auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 112,7 Arbeitssuchende.

Die sogenannte Kaplatatkonferenzlinie, zu denen auf deutscher Seite die Hamburg-Amerika-Linie, die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrt-Gesellschaft und der Norddeutsche Lloyd gehören...

Die Wertzahlen können nur für die letzten vier Jahre angegeben werden. Es beirgt, abgesehen vom Edelmetallverkehr, der Wert in Millionen Mark bei der

Table with 4 columns: Einfuhr, August, Januar bis August, and Ausfuhr, August, Januar bis August.

Trotz aller Schwierigkeiten entwickelt sich die Wirtschaft in aufsteigender Linie.

Die Generierung im Vergleich zu den Löhnen in den Berliner Metallbetrieben.

Als unbestreitbare Tatsache steht fest, daß die deutsche Arbeiterschaft einer Lebensmittelerhöhung unterworfen ist, wie sie noch nie und zu keiner Zeit bestanden hat.

Man rechnet damit, daß beide Gesellschaften ihre Aktien an der Berliner Börse handeln lassen werden. Die Aktien der Hamburg-Amerika-Linie standen am 2. 1. 1912 auf 146,90, am 17. 9. waren sie auf 163,50 geklettert.

Der Druck ist natürlich nur mit dem bekann-ten Körner Salz zu genießen; selbstverständlich wird keine Meereerei Gewinne ausschütten, die über ihre Leistungsfähigkeit gehen, nur weil die „Börse“ Spekulation mit dem Schiffsahrtspapier trieb.

Diese Erhöhung der Krachraten steht so gut wie fest, seitdem die Meereerei Menzel den Konkurrenzstimpf in der La Platafahrt eingestiftet und ihre Schiffe an den Hilfskonzern und an die Kammerschaft Deutscher Kaiser (Ehysen) verkaufte.

Wie sich der deutsche Außenhandel in den letzten Jahren gestaltet hat, ergibt die folgende Tabelle in Doppelzeilen:

Table with 4 columns: Einfuhr, August, Januar bis August, and Ausfuhr, August, Januar bis August.

Die Finanzzlage des Unternehmens ist recht günstig geworden. Die Gesellschaft hat ihre Bankschulden vollkommen zurückgezahlt und verfügt jetzt bereits über ansehnliche Guthaben bei den ihr nahestehenden Banken.

Nun muß es jedem klar sein, daß solche Zustände, die ein auskömmliches Dasein nicht gewähren, für alle Zukunft nicht bestehen können.

Unser Arbeitgebertum vertritt heute leider noch mit gewisser Rücksicht den Standpunkt, daß ein ungelerner Arbeiter nichts zu fordern, sondern die Dinge so hinzunehmen hat, wie sie ihm zuditiert werden.

Man muß es jedem klar sein, daß solche Zustände, die ein auskömmliches Dasein nicht gewähren, für alle Zukunft nicht bestehen können.

14,8 Pf. und gegen den August 1909 sogar um 25,1 Pf. höher. Hammelfleisch stellte sich auf 195,9 Pf. gegen 191,4 Pf. im Juli dieses Jahres, 183,5 Pf. im August vorigen Jahres, 174,3 Pf. im August 1910 und 169,6 Pf. im August 1909.

Der geräucherter Schinken hat seit einigen Jahren eine Preissteigerung von 52 pCt. erfahren. Unter solcher Bacher- und Nahrungsmittelpolitik, die von weiterer Regierung unterstützt wird...

Die Berliner Metallbetriebe stellen die Bader, Lager-, Betriebshilfs-, Hof- und Transportarbeiter mit Stundentlöhnen von 38 bis 42 Pf. ein.

Nehmen wir nach der Berechnung von Adam Nieße den Durchschnitt, der hier 40 Pf. beträgt, und rechnen: täglich 9 Stunden x 40 Pf. = 3,60 Mk. x 6 Tage = 21,60 Mk., ab Kranken- und Invalidenbeiträge zusammen 106 Pf., verbleibt ein Nettoverdienst von 20,56 Mk.

Und in den Worten liegt sicher ein großer Sinn. Und in der Tat ist es so, daß unsere Kollegen seit jeher die Aushenbrodel gewesen sind und immer war es schon so, daß sie anstatt Lohn nur Bettelbitteln bekamen.

Die Kollegen müssen wissen, daß da, wo ein ernster Wille, die Verhältnisse zu ändern besteht, auch andere Zustände ganz gut sich Bahn brechen können.

Manches Stück von diesem alten Geist müßte schon in die Grube der Vergangenheit versenkt werden und manches wird sicher noch zur Beseitigung gelangen, je mehr das Massenbewußtsein der Kollegen sich stärkt.

Auch die heute bestehenden Hungerlöhne werden abzuschaffen sein und an ihre Stelle bessere treten.

2. Betrag der Unterstützung, die von dem Ver-

ein dem Arbeitslosen fahrigsgemäß geleistet wird.

3. Betrag des Zuschusses, der von der Stadt für den Arbeitslosen geleistet wird.

4. Tag des Beginns der Arbeitslosigkeit und des

Begins der Unterstützungsberichtigung.

5. Zahl der Tage der Arbeitslosigkeit und der

Unterstützungstage.

§ 8. Voraussetzung der Zuschußgewährung für einen Arbeitslosen ist unverschuldete Arbeitslosigkeit und einjähriges ununterbrochenes Wohnen in Stuttgart bei Eintritt der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht als unverschuldete anzusehen, wenn sie durch das eigene Verhalten des Arbeitslosen, eigene Kündigung ohne triftigen Grund, Arbeitsunfähigkeit, Ausstand, Ausperrung oder deren Folgen herbeigeführt ist, oder wenn der Ausstand oder die Ausperrung erst nach erfolgter Arbeitslosigkeit eintritt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorstand des Arbeitsamts.

Wann das einjährige Wohnen in Stuttgart infolge kürzerer Abwesenheit oder Erfüllung der Weerdienstpflicht nicht als unterbrochen zu betrachten ist, bleibt der Entscheidung des Vorstandes des Arbeitsamts überlassen.

§ 9. Der Arbeitslose hat sich am ersten Vertag nach eingetretener Arbeitslosigkeit unter Vorlage einer von seinem Berufsverein abgestempelten Arbeitslosenkontrollkarte und Erteilung der gewünschten Auskünfte bei dem Arbeitsamt eintragen zu lassen. Nach Prüfung der Verhältnisse stellt ihm das Arbeitsamt eine Arbeitslosenkarte aus. Von da an hat sich der Arbeitslose täglich mindestens einmal zu dem vom Arbeitsamt festgesetzten Zeit dort zu melden und seine Arbeitslosenkarte vorzuzeigen.

Wenn der Berufsverein für die Arbeitslosenunterstützung eine Wartezeit eingeführt hat, so gilt diese auch für den städtischen Zuschuß. Die Wartezeit beginnt mit der ersten Eintragung beim Arbeitsamt zu laufen. Als Wartezeit und für die Zuschußleistung werden jedoch nur solche Tage berechnet, an denen sich der Arbeitslose gemeldet hat.

Umerkung: Die tägliche Meldung des Arbeitslosen auf dem städtischen Arbeitsamt erfolgt nur zum Zwecke der Kontrolle. Die Vermittlungstätigkeit der von den Gewerkschaften unterhaltenen oder geleiteten Arbeitsnachweise wird dadurch nicht berührt.

§ 10. Der Zuschuß erlischt, sobald dem Arbeitslosen solche Arbeit nachgewiesen wird, welche das Arbeitsamt nach dessen Vorbildung, Beruf und körperlichen Verhältnissen als angemessen ansieht. Als angemessen gilt für gelernte Arbeiter in der Regel nur Arbeit im Beruf. Nicht angemessen ist Arbeit unter dem ortsüblichen Lohn und solche Arbeit, welche durch Ausstand oder Ausperrung frei geworden ist.

Auswärtige Arbeit muß von Bedienten immer, von Verheirateten nur dann angenommen werden, wenn das Wohnen bei der Familie in Stuttgart dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Umerkung: Unter dem ortsüblichen Lohn ist der im Beruf übliche Lohn zu verstehen. Wo Tariflöhne in einem Gewerbe maßgebend sind, gelten diese als ortsüblich.

Bezüglich der Zuweisung von auswärtiger Arbeit an Bediente ist eine loyale Berücksichtigung der in Frage kommenden Verhältnisse zugesagt worden.

§ 11. Der Zuschuß erlischt ferner mit dem Aufhören der Arbeitslosenunterstützung des Berufsvereins.

§ 12. Für jeden Arbeitslosen, bei dem die Voraussetzungen dieser Satzung zutreffen, zahlt die Stadt an seinen Berufsverein einen Zuschuß von täglich 50 Prozent der Arbeitslosenunterstützung,

welche der Arbeitslose von seinem Berufsverein bezieht, höchstens jedoch 1 Mk.

Der städtische Zuschuß erhöht sich für jedes Kind unter 15 Jahren um 5 pCt. der Arbeitslosenunterstützung des Berufsvereins, höchstens jedoch um 25 Prozent. Der Gesamtbeitrag des täglichen Zuschusses darf in diesem Fall 1,50 Mk. nicht übersteigen.

Umerkung: Bei der Festsetzung des Zuschusses werden die aus der Zentralkasse gewährten Leistungen mit der etwa gezahlten lokalen Unterstützung zusammengerechnet.

§ 13. Die Berufsvereine zahlen ihren Mitgliedern den Betrag des städtischen Zuschusses vor schußweise aus. In der ersten Hälfte jeden Monats reichen sie dem Arbeitsamt die Rechnung des vergangenen Monats mit der Abschrift ihrer Arbeitslosenliste und den Bescheinigungen über die Kinderzahl ein.

Nach Prüfung der Liste wird der Betrag des Zuschusses vom Arbeitsamt festgestellt und von der Stadtpflege ausbezahlt.

§ 14. Wer die Zuschüsse unberechtigterweise zu erlangen sucht, wird vorbehaltlich strafrechtlicher Verfolgung von der Arbeitslosenunterstützung auf Zeit oder dauernd ausgeschlossen. Sind hieran Vertreter des Berufsvereins schuldhafterweise beteiligt, so kann die Zulassung des Berufsvereins auf Zeit oder dauernd zurückgenommen werden, falls der Berufsverein den Angefallenen nicht alsbald entläßt.

Der Ausschluß und die Zurücknahme erfolgt durch das Schiedsgericht.

Aus diesen Satungen geht hervor, daß nur diejenigen unserer Berufsangehörigen in den Genuss des Zuschusses der Stadt Stuttgart kommen können, die 1. Mitglied unseres Verbandes sind, 2. ein Jahr in Stuttgart ihren Wohnsitz haben, 3. unverschuldete Arbeitslose sind und 4. sich der vorgeesehenen Kontrolle unterwerfen. Nachstehend geben wir die Sätze für Arbeitslosenunterstützung bekannt, wie sie ab 1. Oktober d. J. unter Voraussetzung des Zutreffens obiger Bedingungen für Verbandsmitglieder sein werden.

Wochen- betrag	Entrichtung von	Städtischer Zuschuß	Zuf. Wochen
52	6 Mk.	3, -	9, -
112	7 "	3,50	10,50
172	8 "	4, -	12, -
232	9 "	4,50	13,50
292	10 "	5, -	15, -
352	11 "	5,50	16,50

Zu diesen Sätzen kommt ein weiterer städtischer Zuschuß von 5 pCt. für jedes Kind unter 15 Jahren, jedoch mit der Maßgabe, daß der gesamte Zuschuß der Stadt Stuttgart pro Tag 1,50 Mk. oder pro Woche 9 Mk. nicht übersteigen darf.

Seit dem Jahre 1894 ringt die Stuttgarter organisierte Arbeiterschaft um die Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung durch die Stadt. Der Widerstand, den sie zu überwinden hatte, war groß, bis eben schließlich die mit periodischer Regelmäßigkeit wiederkehrenden Wirtschaftskrisen mit ihren die Volkskraft vernichtenden Erscheinungen auch die bürgerliche Mehrheit des Stuttgarter Rathhauses zwang, auch auf diesem Gebiet wenigstens einen Anfang zu machen und ein Anfang nur sind die jetzigen Zuschüsse. Sache der organisierten Arbeiterschaft wird es sein, dafür zu sorgen, daß es nicht beim Anfang bleibt. Gar zu gern hätte man es vermieden, die städtischen Zuschüsse nicht an die Arbeiterorganisationen zu zahlen. Die bürgerlichen Parteien fürchten durch diese Zuschüsse eine weitere Erstarrung der gewerkschaftlichen

Organisationen und so eine Beeinträchtigung ihres Profits. Um dies zu vermeiden, ließ sich ein gangbarer Weg nicht finden und so mußte man sich wohl oder übel entschließen, den städtischen Zuschuß unter Kontrolle des Arbeitsamtes durch die Organisationen an deren Mitglieder zur Auszahlung zu bringen.

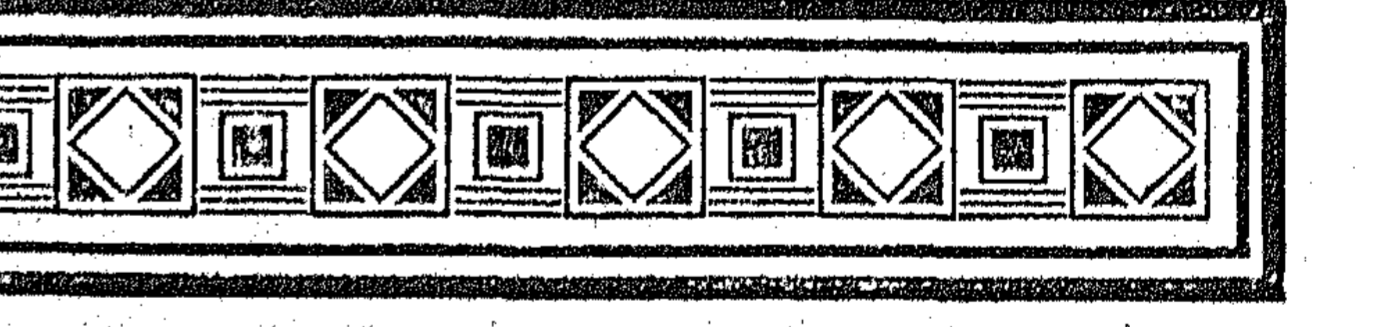
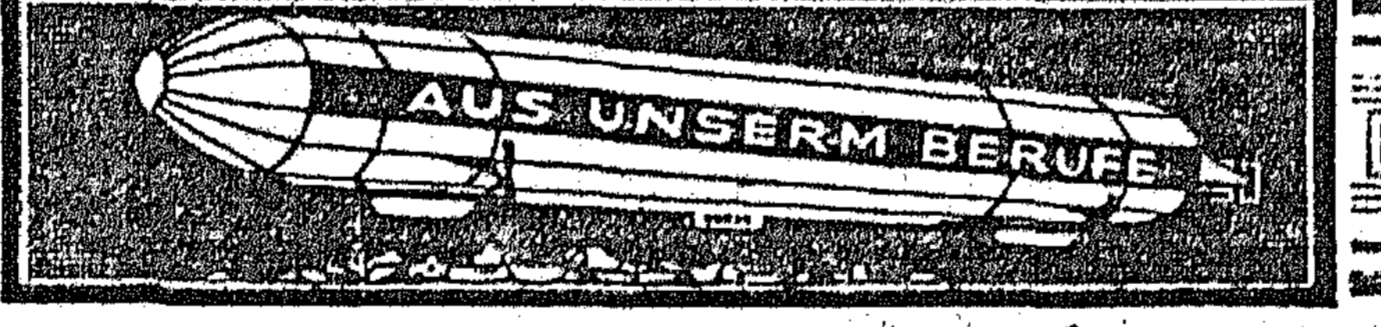
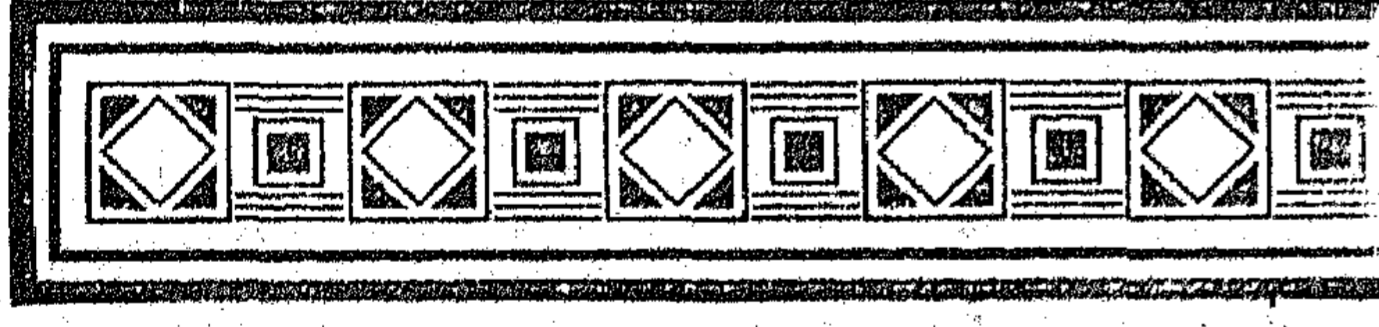
Nicht uninteressant sind die Ausführungen, die der Rechtsassessor Dr. Frank über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihre verderblichen Folgen für die Arbeiterschaft machte und die verdienen hier wieder gegeben zu werden:

Die schlimmsten Ursachen der Arbeitslosigkeit sind die wirtschaftlichen Krisen, die von Zeit zu Zeit eintreten oder schleichend ihre Opfer fordern. Mögen sie allgemein oder speziell sein, immer sind ihre Folgen insbesondere für die Arbeiterschaft so schwer, daß die Selbsthilfe für die Beteiligten und die Tätigkeit gemeinnütziger Unternehmungen nicht mehr imstande ist, allein gegen sie aufzukommen, vielmehr ein Eingreifen öffentlicher Körperschaften nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern im eigenen Interesse notwendig ist.

Die Folge der Arbeitslosigkeit für den Arbeiter ist zunächst sein wirtschaftlicher Niedergang. Dauert die Arbeitslosigkeit einige Zeit, so verfällt er in vielen Fällen der Armenpflege mit ihren nachteiligen Nebenwirkungen in rechtlicher, gesellschaftlicher und moralischer Beziehung; der Arbeiter gewöhnt sich leicht an Mühsiggang, er wird arbeitsscheu, kommt körperlich und sittlich herunter, der Weg führt vielfach ins Gefängnis, und die Familie, insbesondere die Kinder, werden auf die gleiche Bahn gedrängt. Die steigende Kriminalität in Zeiten niedergebender Konjunktur spricht hierfür eine beredte Sprache, und wieviel verborgenes Unglück und Elend mag die Arbeitslosigkeit noch sonst in die Familien bringen.

Herr Dr. Frank bestätigt hier, wenn auch unwillkürlich, unsere schon oft ausgesprochene Behauptung, daß die heutige Wirtschaftsordnung, namentlich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen nicht im Stande ist, Not und Elend von dem größten Teil des deutschen Volkes abzuwenden und daß nicht die Arbeiterschaft in erster Linie, sondern unsere heutige Wirtschaftsordnung, die vielfach eine herrliche und göttliche genannt wird, die Schuld trägt an dem namenlosen Elend, das zu Zeiten größerer Arbeitslosigkeit in allen Schattierungen über die Arbeiterschaft hereinbricht. Unsere Aufgabe aber wird es sein, dafür zu sorgen, daß möglichst bald alle Berufsangehörigen Mitglieder des Verbandes werden, um bei Vorkommen der Arbeitslosigkeit durch die Unterstützung des Verbandes im Verein mit dem städtischen Zuschuß wenigstens vor der bittersten Not geschützt zu sein. Noch ein solches größeres Arbeitslosigkeit sind nur zu leicht dazu angetan, gewerkschaftliche Erfolge, errungen während des guten Geschäftsganges, wieder illusorisch zu machen. Die Unternehmer besitzen die härte Nachfrage nach Arbeit, um die Löhne zu drücken, die Arbeitszeit nach Willkür zu verlängern. Die Arbeiter verfallen der Versuchung, weil von Mitteln entblößt, sich zu einem niedrigen Lohn anboten. Diese Versuchung wird geringer sein bei allen denjenigen, die sich bei Zeiten davor verschert haben.

Bedenket alle die zur Zeit herrschende unerhörte Leuerung und vergegenwärtigt euch, wie es um uns bestellt sein wird, wenn zu diesem Jammer noch eine größere Arbeitslosigkeit hinzukommt. Wer nicht ganz mit Blindheit geschlagen ist, wird bei Zeiten diesem drohenden Unheil nach Möglichkeit zu begegnen suchen. Dies kann aber nur wirksam geschehen durch den Beitritt in unsere Organisation und zähes Festhalten an ihr. Kollegen! Handelt doch nach ehe es zu spät ist!



Führungs-Attest und Stellungen-Zeugnissen bitte Abschrift auf die Rückseite des Formulars zu legen. Für Originalzeugnisse hafte ich nicht, weshalb deren Einreichung ohne Aufforderung zu unterbleiben hat. Ueber längere Zeiträume, die nicht durch Zeugnisse nachgewiesen werden können, sind vor einem definitiven Engagement polizeiliche Führungsatteste beizubringen, über kürzere Zeiträume ist auf dem Formular entsprechende Aufklärung zu geben.

Für die im Schreiben erwähnten „Bewerbebogen“ empfiehlt sich das folgende Formular:

Bewerbebogen von zu Straße Nr. für den Posten als Chauffeur.

- | | | |
|---|---------------------------|--------------------|
| 1. Geburtsort: | Staat: | Geburtsdatum: |
| 2. Konfession: | 3. Verheiratet: | 4. Zahl d. Kinder: |
| 5. Militärverhältnis: | 6. Gesundheitsverhältnis: | |
| 7. Bekehrzeit bei Firma: | Ort: | |
| 8. Bisherige Chauffeurätigkeit bis heute bei den Chefs: | | |

Chef	Ort	Stand	Gefahren Wagenart	PS	vom	bis
Außer Stellung gewesen vom bis						
9. Haben Sie oder Ihr Chef gekündigt: Zum:						
10. Grund der Kündigung:						
11. Frühester Eintritt bestimmt möglich am:						
12. Besteht nachweislich bezogener Lohn: Mk. pro Woche						
13. Lohnanspruch: Markt pro Woche ohne freie Wohnung, die nicht gewährt wird.						

Die wahrheitsgetreue Beantwortung aller Fragen bestätigt durch Unterschrift

Es ist natürlich ein Appell an die Ehrlichkeit der Chauffeure, diese Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten. Ueber die Frage 12 kann einem Chauffeur, der sich verbessern will, leicht verleiten, die Wahrheit zu verbergen. Diese Frage ist unangehörig und überflüssig — sie ist nur eine Konfessionsfrage des alten Fehlers, der die Lohnfrage ausschlaggebend sein läßt bei der Einstellung eines Chauffeurs. Wenn z. B. der letzte Arbeitgeber sein Leben nur auf 100 Mark für den Monat einschätzte, d. h. wenn er den Chauffeur nur 100 Mark zahlte, dann wird der neue annehmen, es handle sich um eine minderwertige Kraft und die Einstellung des Chauffeurs verweigern — vorausgesetzt, daß er nicht ebenso unsozial ist und 100 Mk. für einen ausreichenden Lohn hält. „Solche einigermassen richtig ausgefüllte Bewerbungen“, schreibt die A. A. Z., „geben sofort ein klares Bild über die Bewerber“. Mit Verlaub — die Frage 12 verleiht das ganze Bild. Es wird doch kein vernünftiger Mensch glauben, daß die Lohnhöhe einen Schluß zuläßt auf die Qualifikation des Arbeiters. Die Not zwingt manchen Chauffeur, ein Arbeitsangebot anzunehmen, dem er sonst in weitem Vogen aus dem Weg geht. Wird der bisherigen Lohnhöhe ein Einfluß eingeräumt bei der Werthung des Chauffeurs, dann ist der ganze Zweck, den die A. A. Z. mit ihrem Fragebogen verfolgt, von vornherein in Frage gestellt. Sympathischer ist der Nachsatz der Frage 13, der den Arbeitgeber quasi auffordert, den Chauffeur t e n e W o h n u n g zu geben. Dadurch würde der Chauffeur vom degradierenden Stempel ekelhafter Dienerruntertänigkeit und Pnechtlosigkeit befreit. Das läßt sogar die reichlich topfiguerischen Fragen nach der Zahl der Kinder usw. vermissen. Im übrigen hat der Vorstoß wohl nur abgemessenen Wert — er

Veranlaßt durch Ihr Angebot, bitte ich Sie, falls Sie auf ein Engagement reflektieren, inliegenden Bewerberbogen ausgefüllt innerhalb 3 Tagen in dem weiter inliegenden Kuvert mit meiner Adresse mit der Aufschrift „Personalia“ mir zuzuleiten und möglichst eine Photographie, wenn auch älteren Datums, leichweise beizufügen. Von Ihrem eventuellen Militär-

zeigt, wie es (unter Ausschaltung der Frage 12) gemacht werden könnte, allein

Das Schleiern der Autodroschke. (Urteil des Reichsgerichts vom 27. September 1912.) Die Gefahren der Großstadtstraße, die schon zu normalen Zeiten Nerven und Kraft des Automobilführers aus der Fülle in Anspruch nehmen, steigern sich im Winter, besonders während der langen Dämmerungszeiten, starken Schneefalles, Frostes und bei Tauwetter, oft zu bedrohlicher Höhe und fordern vom Mann am Steuer ein ungewöhnliches Maß von Wachsamkeit und Aufmerksamkeit, soll es nicht zu Katastrophen kommen, wie zu jener am 4. Februar 1912, die am 27. September den zweiten Straßenausschuss als Revisionsinstanz beschäftigte. Es handelte sich um folgenden Unfall: Der Kraftwagenführer Otto Labe hatte am 4. Februar 1912 einen Fahrgast vom Lühowplatz in Berlin nach dem Görlicher Bahnhof zu fahren. Auf dem Wege dahin mußte er im unteren Teil der Gutshäuserstraße eine Kreuzung der Straßenbahnschienen mit einem Schienenstrang, der aus dem Torweg der städtischen Gasanstalt heraustrat, passieren. Des starken Frostes wegen waren die Schienen mit Weisfaß bestreut, so daß der Schnee hier angetaut war. Die übrige Straßensfläche jedoch war von einer dichten Schneedecke überzogen, und der Fahrdamm zu beiden Seiten von hohen Schneehaufen flankiert. Als nun Labe die Bahnschienen passierte, sagten sich die Reiften des Autos an den Schienen fest, das Gefährt kam ins Schlingeln, die Räder glitten an den Schienen entlang, kamen nicht zum Stehen, Labe dachte das Steuer nach rechts, dann scharf nach links, im gleichen Augenblick schlenkerte das Hinterteil des Wagens nach rechts und traf mit voller Wucht den knirschenden Asphalt, der mit seinem Handwagen auf der rechten Straßenseite fuhr und wegen der hohen Schneehaufen nicht rechtzeitig hatte ausweichen können. Krause erlitt eine Verletzung der Bauchspeicheldrüse und einen Bruch sämtlicher Rippen und verstarb auf der Stelle. Labe wurde am 18. Mai 1912 von der Strafkammer des Landgerichts Berlin I wegen Vergehens gegen § 222 (Uebertretung verkehrspolizeilicher Vorordnungen) zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wenn auch Labe die Maximalgeschwindigkeit nicht überschritten und ein Signal gegeben habe, so genüge dies nicht zu seiner Entlastung. Der Tatbestand der Fahrlässigkeit sei voll erfüllt, da Labe die Schienenkreuzung, die ja durch das ausgebreitete Weisfaß vom Schnee befreit war, schon von weitem hätte erkennen und seine Fahrt hätte verlangsamen können. Labe's Revision beim Reichsgericht machte folgendes geltend: Es fehle jede Darlegung, wie weit die Schienenkreuzung zu erkennen, wie weit das Schleiern voranzufahren, wie weit das Salzstreuen den Zustand der Schienen beeinflusse. Erst wenn dies alles festgestellt sei, könne man von Fahrlässigkeit reden, von fahrlässiger Tötung jedoch erst dann, wenn genügend geklärt sei, weshalb Krause nicht ausweichen konnte. Das Reichsgericht sah aber die Feststellungen des Vorrichters für einwandfrei und genügend an und verwarf die Revision, dem Antrag des Reichsanwalts folgend, als unbegründet.

Kaiserliches Automobil und Kraftdroschke. Der Kraftwagenführer John, der am 21. Februar mit seiner Droschke am Parkierplatz in der Ausbuchtung der Südseite der Straße Unter den Linden hielt, hatte hier einen Fahrgast bekommen. Während sein Wagen anrückte, hatte er noch einige geschäftliche Worte mit dem Fahrgast zu sprechen. Er überfah deshalb ein Zeichen des dort postierten Schutzmannes, nicht zu fahren, das gegeben worden war, weil in dem Moment vom Brandenburger Tor her das kaiserliche Automobil schnell herannahende und auf die Südseite der Linden zusteuerte. Der Schuttmann rief nun: „So halten Sie doch!“ J. brachte auch einen Moment seinen Wagen zum Stehen und überfah jetzt die Situation. Da er aber der Meinung war, der Gefahr eines Zusammenstoßes mit dem kaiserlichen Wagen am besten zu entgehen, wenn er schnell weiterfahre und vor dem kaiserlichen Automobil die Straße kreuze, so tat er dies im schnellen Tempo. Er kreuzte so die Fahrbahn des Wagens des Kaisers in einer Entfernung von 10 Metern von diesem. John wurde wegen Uebertretung der Berliner Straßenpolizeiverordnung angeklagt, weil er einer polizeilichen Anordnung zuwider gehandelt habe, die zum Schutze der Sicherheit auf öffentlichen Straßen ergangen sei. Er bestritt, sich strafbar gemacht zu haben. Er sei mit dem ersten Anrücken seines Wagens schon mit dem ganzen Wagen quer in den Eingang der Südseite der Straße Unter den Linden hineingeraten gewesen und hätte so seiner Meinung nach dem befürchteten Zusammenstoß nur vorbeugen können, indem er trotz des sehr von ihm gehörten Gebots, zu halten, schnell über die Straße hinüberwechelte. Zeugen sagten auch aus, daß sein Wagen im entscheidenden Moment schon ganz in die Straße hineintrat. Zwei Schutleute bezeugten dagegen, daß erst eine Hälfte seines Wagens hineingerat habe. Das Landgericht als Berufungsgericht hielt diese Befundung für die maßgebende und nahm an, daß unter diesen Umständen das kaiserliche Automobil gut in die Straße südlich der Promenade hätte einbleiben können, wenn J. dem zweiten, von ihm gehörten Befehl des Schutzmannes gefolgt wäre. Angeklagter wurde wegen Nichtbeachtung einer zur Erhaltung der Sicherheit ergangenen polizeilichen Anordnung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten eingelegte Revision mit der Begründung, daß sie an den tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz scheitere, die ausdrücklich festgestellt hätten, daß er das kaiserliche Automobil gefährden konnte, indem er so

handelte, wie er es tat. Danach sei das Gebot des Schutzmannes eine Anordnung zur Erhaltung der Sicherheit auf der öffentlichen Straße gewesen, die er hätte befolgen müssen.

Der Deutsche Kraftwagenführerbund mit dem Hut in der Hand. Der bekannte günstige Wind weht uns ein Schriftstück auf den Tisch, das an Garagenbesitzer, Kellneranten, überhaupt an alle in das Automobilfach schlagende Geschäfte gerichtet ist. Nachstehend geben wir im wortgetreuen Abdruck den Bittbrief wieder:

Allg. Chauffeurklub Berlin (G. V.), Sitz Berlin Mitte.
Mitglied des D. K.-Bund.
Berlin SW. 68, den 14. Sept. 1912.
H. Z.

Gestatten Sie uns gütigst, Ihnen mit Folgendem näher zu treten.
Wir beabsichtigen, wie in früheren Jahren, so auch zu unserem diesjährigen 5. Stiftungsfest eine Festzeitung herauszugeben.
Der Meinertrag derselben fließt unserer Unterstützungskasse zu.
Wir erlauben uns nun ganz ergebenst, auch an Sie die Bitte zu richten, unserem gemeinnützigen Unternehmen Ihre wohlwollende Unterstützung durch Aufgabung eines Inseratenauftrages für unsere Festzeitung zuteil werden zu lassen.

Glend und Verschwendung.

In der in Bonn erscheinenden „Deutschen Reichszeitung“, einem Zentrumsorgan, finden wir in der Nummer vom 26. September den folgenden Brief eines Tagelöhners:

„Ich bin Tagelöhner, habe eine Frau und fünf Kinder. Das ganze Jahr gehen wir in kein Wirtshaus und machen nichts mit. Wir leben meistens von Schwarzbrod mit etwas Kraut oder Matschläse geschmiert, auch Kartoffeln und dünner Kaffee. Bei einer solchen Kost ohne Fett und Fleisch, was ja heutzutage alles zu teuer ist, können die Kinder nicht stark werden und wir selbst fühlen uns auch schwach. Kürzlich sagte mir jemand, daß vielleicht Hundefleisch unter Kartoffeln oder Gemüse gemacht, eine kräftige Nahrung gebe. Hundefleisch würde aus Fleischabfällen bereitet und etwas Schädliches könnte nicht darin sein, da die Hunde bei dieser Nahrung kräftig und gesund blieben. Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir durch den Briefkasten mitteilen, ob Hundefleisch für die Menschen schädlich ist. Ich möchte gern einmal einen Versuch damit machen.“

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses wahrhaft erschütternden Briefes eines hungernden Arbeiters macht die folgende Notiz in der bürgerlichen Presse die Runde:

„Der eleganteste Mann der Welt ist nach einem englischen Blatte Fürst Albert von Thurn und Taxis. Er trägt jeden Tag einen neuen Anzug, und die Aufräumung seiner Garderobe nimmt die volle Tätigkeit von zwölf erfahrenen Bekleidungskünstlern in Anspruch. Die Gesamtkosten der Bekleidung beziffern sich auf 60 000 Mark pro Jahr. Der Fürst läßt seine Anzüge mit Rosenöl parfümieren, das 100 Mark pro Unze kostet. Die Zahl der Strawatten, die der Fürst im Jahre anlegt, ist auf rund 1000 Stück zu berechnen, und an Schuhen benötigt er jährlich 200 Paare.“

So steht es aus in der besten aller Welten.

Der dankbaren Anerkennung seitens der Kollegenchaft könnten Sie sich stets versichert halten.
Wir berechnen für 1/4 Seite = 26 X 19 Rm.
75 Wt. 1/2 Seite 40 Wt., 1/4 Seite 25 Wt., und 1/8 Seite 15 Wt.

In der angenehmen Erwartung einer zusagenden Rückäußerung zeichnet

Hochachtungsvoll, ergebenst

(Stempel) D. Klamm.

Ottomar Klamm, Berlin SW. 68, Friedrichstraße 214, ist Generalvertreter des Vöb-Wergasers für das ganze deutsche Reich, Desterreich-Ungarn und die Schweiz, und außerdem 1. Sekretär und Schatzmeister des Deutschen Kraftwagenführerbundes (früher Kartell). Man kann sich ungefähr vorstellen, wie die Interessenvertretung der Mitglieder dieses Bundes wahrgenommen wird, wenn die Führer des Bundes bei den Unternehmern betteln gehen. Oder will der Bund behaupten, ein ganzseitiges Inserat ihrer unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden — Festschrift sei eine Gegenleistung von 75 Wt. wert? U. U. w. g. — aber sie werden schweigen. Wenn die Unternehmer trotzdem inserieren, dann deshalb, weil sie erwarten, daß die Mitglieder des Bundes ihre Fabrikate den Unternehmern empfehlen werden, ohne Rücksicht auf die Qualität. Wirtshaft Horatio! Heute nennt man's Korruption, verehrter Bund!

Geschwindigkeitsbeschränkung. Das Stadtschultheißenamt Freudenstadt i. Würtg. gibt bekannt, daß in den nachstehenden Straßenstrecken Zufahrtsstraße zum Hauptbahnhof Schaumburger Straße bis zur Einmündung des Htholdsaaner Fußweges, mit Kraftfahrzeugen die Geschwindigkeit von 15 Kilometer in der Stunde nicht überschritten werden darf.

Berlin-Schöneberg. Der Briestierweg in Berlin-Schöneberg wird zwischen dem zum Matthäikirchhof abzweigenden Wege und der zur „Schwarzen Brücke“ führenden Eisenbahnüberführung der Anhalter Bahn

zwecks Ausführung von Pflasterungsarbeiten bis auf weiteres gesperrt.

Berlin-Niederschöneweide. Die Berliner Straße ist wegen Neupflasterung von der Treptower Diktrenze bis zur Brückenstraße gesperrt. Der Verkehr wird über Berlin-Treptow durch die Baumfahnenstraße, Ganner Chaussee und Bahnhofsstraße in Berlin-Niederschöneweide geleitet.

Ältingen. Die Eisenbahnbrücke im Wegezuge Genuweiler—Wergweiler Solch (am Gafenberg) wird vom 25. September ab für den Verkehr polizeilich gesperrt. Der Verkehr wird über Wergweiler—Genuweiler aufrechterhalten. Die Brücke wird voraussichtlich am 1. Dezember d. J. dem Verkehr wieder übergeben.

Jever (Oldenburg). Das Amt Jever gibt bekannt, daß der Verkehr mit Kraftwagen auf dem Gemeindefahrweg Nr. 1 der Gemeinde Hohenkirchen von Alqarmstiel über Medernser Altendeich nach Mederns verboten ist.

Schwerin. Auf der Nebenchauffee Groß-Medebege—Lübborf—Wiltgrad dürfen Lastkraftwagen bei einem Gesamtgewicht von 3,5 bis 5,5 Tonnen nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 15 Kilometer in der Stunde, bei einem Gesamtgewicht von über 5,5 Tonnen nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 8 Kilometer in der Stunde fahren.

Das Fahren in sichtbaren Wagen Spuren der Steinbahn und der Verkehr mit Kraftwagen von mehr als 9 Tonnen Gesamtgewicht sind verboten.

Automobilverbindung Wegesack—Blumenthal. Zwischen Wegesack und Blumenthal ist eine Automobilverbindung hergestellt. Sie dient der Personalbeförderung und dem Pakettransport. Die Automobilführer sind natürlich unserer Organisation zuzuführen.

Der unschuldige Hansjakob. Kürzlich brachten wir ein — hm . . . Gedicht (!), worin ein Mann, der über mehr freie Zeit und Tinte verfügt, als über Vernunft, sich in kindischer Weise gegen den Automobilismus anstobte. Für den Verfasser, als der Hansjakob durch die Presse Nutzen lief, hatten wir als Milderungsgrund sein Greisenalter geltend gemacht. Nun schreibt der greise Dichter aber, daß er („leider“) nicht der Verfasser ist, sondern der Pfarrer Dörr. „Ich habe denselben in meinem Buche „Allerseelestage“ auch als Verfasser genannt, die „Frankfurter Zeitung“ hat aber ungenau aus dem Buche zitiert und so den Irrtum in bezug auf den Verfasser hervorgeufen. So gute Verse könnte unsereiner gar nicht machen.“ Ob für den Pfarrer Dörr derselbe Milderungsgrund gilt, wie für Hansjakob, wissen wir nicht, trotzdem wollen wir ihn nicht ansingen mit dem „Gedicht“, das Teubel in der N. N. G. veröffentlichte, als Antwort auf die Dörrsche Poesie.

Wenn man Goethe kopieren will, muß man schon etwas mehr können.

Halle a. S. Die Entwicklung des Verkehrs hat auch hier seit kürzerer Zeit einige Umwälzungen geschaffen. An Stelle eines erheblichen Teiles von Pferdewagen sind zur Zeit 14 Autodroschken getreten. Verschiedene Droschkenbesitzer gehen dazu über, ihre alten Behälter mit dem modernen Auto zu vertauschen. In diese Neuerungsbewegung lassen sich aber die hallesche Polizei nicht so ohne weiteres gewöhnen, und so hagelt es gegen die Automobilführer wegen der geringsten Vergehen hohe Geldstrafen und sie ist auch bereits dazu übergegangen, Autoführern den Fahrschein zu entziehen. Selbst Neupfänger von Führern gegenüber den Fahrgästen, die jeder als gelungenen Scherz betrachtet, werden als Verstöße gegen die Polizeiverordnung aufgefaßt und entsprechend gesühnt. So hatte ein Führer, dessen Auto besetzt war und der trotzdem von einem Herrn, der auch gefahren sein wollte, befragt wurde, ob er — der Führer — frei sei, in scherzhafter Weise geantwortet: Ich bin verheiratet. Das mußte geübert werden und der Effekt für diese unbedachte Neuerung war drei Mark Geldstrafe. Die verhängte Bestimmung der 15 Kilometer-Geschwindigkeit hat hier ebenfalls schon manchem Kollegen einen Teil seines Wochenlohnes gekostet. So hat aber denn die Polizei wenigstens dazu beigetragen, die Chausseure daran zu erinnern, daß auch hier für sie eine Interessenvertretung besteht, der sie sich anschließen müssen, um gegen Uebergriffe geschützt zu sein. Aber auch von privater Seite droht den Kollegen die Gefahr vollständiger Erstarrungsverrichtung, wie das in einer früheren Nummer unseres „Courier“ veröffentlichte Geheimzirkular des Generalagenten Erbh von der Automobil-Versicherungs-Gesellschaft „Agrippina“ beweist. Man, verschiedene frühere Versuche, die Chausseure zum Anschluß an unseren Verband zu bewegen, verließen meist resultatlos. So lange aber so viele Kräfte in uneigennütiger Weise sich den Kollegen Chausseuren widmen, scheint auch bei ihnen die bessere Einsicht die Oberhand zu gewinnen und sind sie zu einem erheblichen Teile Mitglieder unseres Verbandes geworden. Aufgabe dieser ist es, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Kollege, ob Droschken-, Privat- oder Lastwagen-Chauffeur, Mitglied unseres Verbandes geworden ist. Haben wir das erreicht, dann können wir wieder einmal, wie schon so oft, der halleschen Polizei und nebenbei Herrn Erbh danken, denn sie haben sich verdient als ein Teil von jener Kraft, der stets das Böse will und doch das Gute schafft.

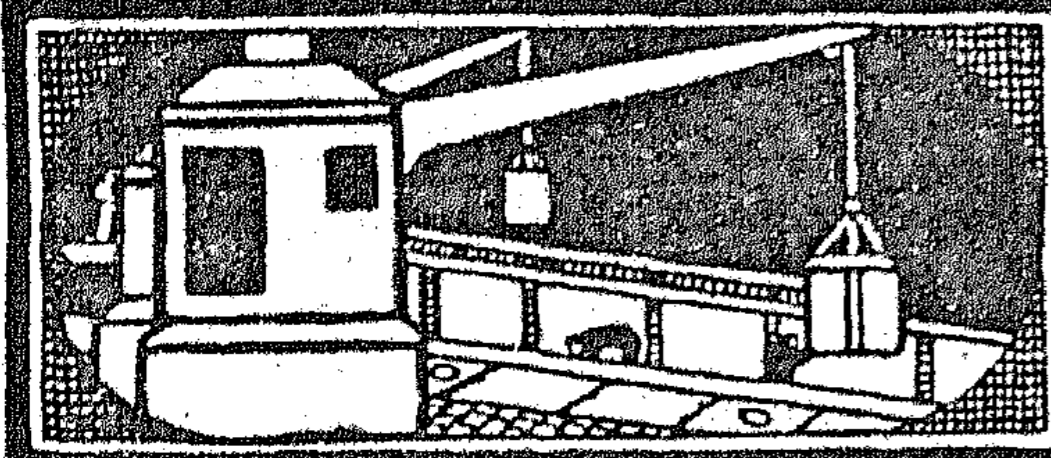
Stuttgart. Polizeiwillkür und Chausseure. Wie in den meisten größeren Städten, so wurde auch in Stuttgart speziell in den letzten 5 Jahren das Auto immer mehr in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt. An den sogenannten Droschkenhalteplätzen, wo früher in langer Reihe die mindestens 20-jährigen „Wollblüter“ der Ausschereien in erbauer Gelassenheit darüber philosophierten, wie ungefähr ein

Hafentörchen, das sie wohl vor Jahren hin und wieder mal als Sonntagsgabe zum Häfel bekamen, aussehen möchte, stehen jetzt die modernen Verkehrsmittel, die Autos! Das altgewohnte Droschkenpferd oder hat sich als Schlachtopf in Dienste des Vaterlandes geopfert, um bei den gegenwärtigen teuren Fleischpreisen zur Linderung der Not beizutragen. Mit der Entwicklung des Autoverkehrs wurde selbstverständlich auch gleichzeitig eine neue Kategorie von Verkehrsarbeitern gebildet: die Chauffeure. Wie überall konnte auch am hiesigen Plage die Beobachtung gemacht werden, daß, zum Teil veranlaßt durch gewissenlose und heilloswidernde Agenten und sogenannte „Fahrtschulbesitzer mit Ingenieurtitel“, ein riesiger Andrang von Arbeitskräften zu verzeichnen war. Daß die Besitzer solcher Fahrschulen in der Hauptsache nur ein Interesse an dem 300 Mk. betragenden Lehrgeld hatten, geht daraus hervor, daß weniger auf gründliche als auf schnelle Ausbildung gesehen wurde. Durch dieses System wurde nämlich in kurzer Zeit ein Ueberangebot von Arbeitskräften erzielt!

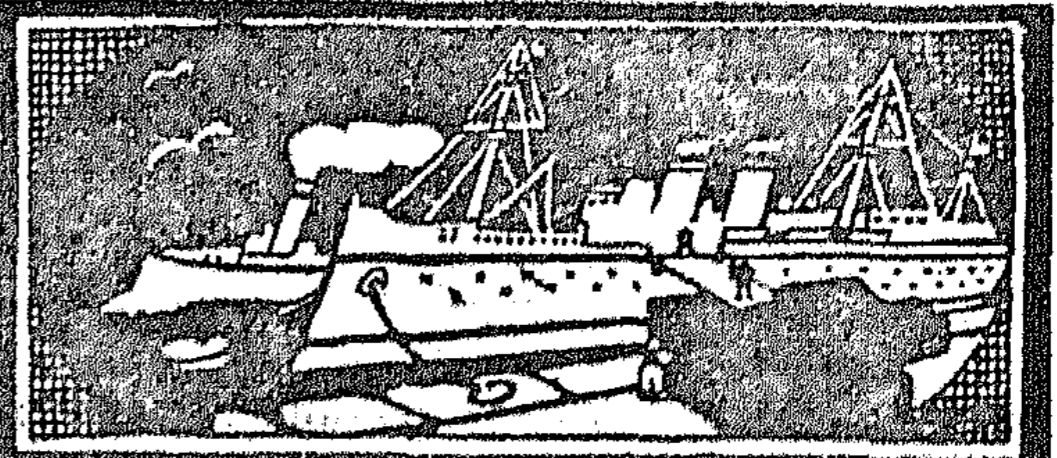
Schon damals, vor etwa 3-4 Jahren, wurde von Seiten der Organisation versucht, unter diesen Kollegen festen Fuß zu fassen, leider mit vollständig negativem Erfolg, trotzdem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse alles zu wünschen übrig ließen. Was wir damals nicht fertig gebracht haben, das hat nun endlich die Stuttgarter Polizei fertig gebracht, die sich somit auch hier als die Kraft erwies, die das Böse will und doch das Gute schafft! Versteht es doch auch hier die Polizei ausgezeichnet, die Chauffeure um ihr sauerverdientes Geld zu bringen! Wird es doch allgemein als „gnädig“ bezeichnet, wenn ein Strafzettel, in der Regel sind ja immer zwei oder drei Vergehen auf einmal entbeht worden, auf 8 oder 10 Mk. lautet! Wegen jeder Kleinigkeit werden Strafen verhängt! Will dann mal so ein „Heimgesuchter“ sich verteidigen oder rechtfertigen, oder was noch schlimmer ist, nachweisen, daß die Meldung des betreffenden Schutzmannes mit der Wahrheit auf sehr gepäumten Füße steht, dann ist der Wahrheitsbeweis für die Michtigkeit der Meldung erbracht! Es ist doch gewiß auch eine Frechheit sondergleichen, wenn ein Chauffeur etwa behaupten oder beweisen wollte, daß auch ein Schutzmann sich aus

„Versehen“ irt! Daß dann aber von der Polizei diesen verdächtigen Verbrechern besonders auf die Hühneraugen getreten wird, versteht sich am Rande, denn solche Unbotmäßigkeit muß doch gerechen werden! Den Chauffeuren selbst wird von den Kommissären Hirzel und Schweiker kurzerhand erklärt: Nehmen Sie sich ja in acht und halten Sie ihr freches Maul, sonst kommen Sie auf die Liste der Frechen! Also die Organe des Stadtpolizeiamts führen schwarze oder wie es im Polizeijargon heißt: „Frechenslisten“. Steht nun mal einer auf dieser Liste, so wird ihm bei irgend einem Vorkommnis einfach der sogenannte „Mafsfahrschein“ entzogen und die Folge davon ist, daß der Chauffeur von seinem Arbeitgeber kurzerhand, weil er ihn zum Fahren nicht mehr verwenden darf, entlassen wird! Schwere Strafe demjenigen, der Arbeitswillige an der Arbeit hindert, wurde vor noch nicht allzu langer Zeit von der höchsten Stelle aus angedroht! Die Polizei aber, die dazu da ist, für Einhaltung der Gesebe zu sorgen, geht hier den Unternehmern in der Aufstellung und Führung von schwarzen Listen, also in der planmäßigen Maßregelung und Ausschmierung von Staatsbürgern und Familienvätern voran! Unseres Erachtens ist dies mit ein Stück Terrorismus der schlimmsten Sorte! Wir sind der Meinung, daß es vielmehr zur Aufgabe der Polizei gehören würde, dafür zu sorgen, daß die Arbeitszeit der Chauffeure geregelt würde! Weiß doch das Stadtpolizeiamt jedenfalls auch ganz genau, daß immer ein großer Prozentsatz von Chauffeuren 24 Stunden ununterbrochen im Dienst ist! Von diesen Leuten wird dann, wie in den Untlageschichten immer so schön geschrieben wird, verlangt, daß sie die erforderliche Vorsicht, zu der sie vermöge ihres Berufes besonders verpflichtet sind, nicht außer acht lassen dürfen! Wer da weiß, wie aufregend und nervenzerreißend die Tätigkeit eines Chauffeurs ist, der wird sich bei Erwähnung, daß die Polizei einer Großstadt derartige Zustände duldet! Noch mehr aber wird er sich wundern, wenn er weiß, daß — falls einem solch übermüdeten Manne etwas passiert — der Chauffeur für seine „Fahrlosigkeit“ bestraft wird! Die Telefonzellen für Autobestellungen sind eine sehr praktische Einrichtung! Aber nicht nur allein für das Publikum

und die Fahrgäste, sondern anscheinend auch für die Polizei! Ist doch unter den Chauffeuren samt und sonders die Meinung vorhanden und zum Teil auch direkt festgestellt worden, daß der Telephonist am Wahnsinn der Polizei in der einseitigsten Weise Zutriebsdienste leistet! Soll es doch das Verdienst des Herrn Kögle mit sein, daß so mancher Kollege auf die diverse Liste gesetzt werde! Behe dem Chauffeur, der nicht rechtzeitig auf seinem Plage aufährt! In kürzester Zeit hat der nächste Schutzmann Kenntnis davon! Dieser Herr soll sich sogar nicht entblöden, bei Nachtsfahrten, die telephonisch verlangt werden, ins Telephon hineinzurufen, die Fahrgäste sollen sich von dem Chauffeur ja nicht überbieten lassen und nur bezahlen, was die Uhr anzeigt, trotzdem er ganz genau weiß, daß die Retourfahrten auch bis zu einem bestimmten Satz vergütet werden müssen! Daß dadurch die Kollegen in äußerst unangenehme Situationen kommen, liegt auf der Hand! Besonders ins Herz geschlossen werden von Kögerte anscheinend die selbstfahrenden Herren Autobesitzer, die ihre Erkenntlichkeit für die außerhalb der Reihe stattfindende Zuerteilung von Aufträgen in Form von wohlgefüllten Maßkrügen, die manchmal in ungezähltem Maße in der Telefonzelle verschwinden, zeigen! Ja, es kommt sogar hin und wieder vor, daß Kögler in ganz bedenklichem Zustande angetroffen wurde und sich dann infolge seines Zustandes um nichts mehr kümmern konnte, mochte es schellen solange es wackelt! Hier hat sich die Polizei bislang noch nie der Mühe unterzogen, einzuschreiten! Falls die Polizei sich mehr mit diesen Zuständen befassen würde, würden wir gerne Beweise für unsere Behauptungen liefern. Auch die sonstigen Mißstände, hervorgerufen durch die *U t o b e s i e r* selbst, wollen wir das nächste Mal eingehend unter die Lupe nehmen! Erfreulicherweise bestimmen sich die Kollegen Chauffeure gegenwärtig darauf, daß auch sie zu der großen Masse der Ausgebeuleten gehören und daß auch sie mehr wie jede andere Berufsgruppe eine starke und leistungsfähige Organisation notwendig haben! Drum Kollegen! Wenn es mit euren Verhältnissen am hiesigen Plage besser werden soll, dann muß die Parole heißen: Hinein in die Organisation, den Deutschen Transvortarbeiter-Verein!



Hafenarbeiter



Bremen. Das christliche Gewerkschaftsblättchen beschäftigte sich in seiner letzten Nummer mit der Lohnbewegung der Hafenarbeiter, wobei es in der bekannnten demagogischen Weise die Sache darstellte. Der Zweck der Uebung ist selbstverständlich, auch hier im Trüben zu fischen und Uneinigkeit unter die Arbeiter zu säen, um bei passender Gelegenheit den Unternehmern die notwendigen Streikbrecher stellen zu können. Nach dem Geschreibsel soll unsere Organisation es verhindert haben, daß den Kranführern und Sorarbeitern eine Alterszulage gewährt wurde, diese also bei der Lohnbewegung angeblich leer ausgegangen seien. Dem ist aber nicht so. Die Kranführer und Sorarbeiter haben ebenfalls eine Lohnerhöhung von 1,10 bis 2,10 Mk. pro Woche erhalten, außerdem eine Erhöhung der Ueberstundenlöhne usw. — Aber wie überall befinden sich auch in Bremen Leute, die nicht den Mut haben, sich ihrer Organisation anzuschließen, sich aber nicht scheuen, die Vorteile und Erfolge einer Bewegung anzunehmen, damit aber schimpfen und den Unzufriedenen marrieren. Einige dieser Leute haben sich nun den christlichen Herrschaften angeschlossen; doch ist kein Dußend aufgenommen worden, die in dem christlichen Müllhaufen Aufnahme gesucht haben. Auf das Gedröhne weiter einzugehen, verlohnt sich nicht. Wir täten damit diesen Leuten zuehnt Ehre an. Unsere Mitglieder, besonders die Lagerhausarbeiter, wissen sehr gut daß ihre Interessen in der besten Weise durch den Transportarbeiterverband gewahrt werden und die christlichen Gewerkschaften Parasiten der Arbeiterbewegung sind.

Bremerhaven. Der Streik der Holzplagarbeiter ist mit einem Teilerfolg beendet worden, die Arbeit wurde bereits wieder aufgenommen. Sämtliche Streitende bis auf einen wurden wieder eingestellt. Die geforderte Bespeparnis wurde bewilligt und Lohnerhöhung für das Frühjahr in Aussicht gestellt. Die Weiterführung des Streiks war zwecklos, weil der Zutug der lieben „nationalen Arbeiter“, die besonders aus der Stadt Hannover gekommen sein sollen, nicht fern zu halten war. Treffend hat die „Nordwestdeutsche Zeitung“ ihren arbeiterfeindlichen Standpunkt über den Ausgang des Holzplagarbeiterstreiks kund gegeben. Der Zeilenschreiber dieser Presse braucht jedenfalls nicht für einen Lohn von 40 bis 44 Pf. pro Stunde zu arbeiten, müßte er dieses, so würde er Verständnis dafür haben, daß das Bestreben der Arbeiter bei dieser teuren Zeit, einen auskömmlichen Lohn zu erringen, notwendig war. Auch die Arbeitgeber sind nicht auf ihre Kosten gekommen. Billiger wären sie zweifellos davon gekommen, wenn sie die mäßigen Forderungen bewilligt hätten. Die Demunzierung von Werftarbeitern, die angeblich die lieben Arbeitswilligen belästigt haben sollen, ist zweifellos wieder ein treffendes Dokument der „Arbeiterfreundlichkeit“ der „Nordwest“, die im übrigen kein Wort darüber bringt, wie die Arbeitswilligen untergebracht sind und kein Wort darüber zu sagen weiß, daß ein Schleppbahn kein Aufenthaltort für Menschen ist. Der Unternehmer hat mit Hilfe dieser willigen Sklaven „gefiegt“ und die bürgerliche Presse frohlockt darüber. Arbeiter merkt euch dieses!

Hamburg. Branche Schauerleute. Mitgliederversammlung am 4. September. D. N. gab den Bericht der Branchenleitung. Von einigen Kollegen wurde die Vermittlungstätigkeit des H.-B.-V., welcher Schauerleute für die Kai- und Lagerhausgesellschaft Altona zu dem Lohnsatz von 5 Mk. (angeblich für die Kohlenlöscharbeit, wo Differenzen bestanden) statt 6 Mk., die vereinbart, vermittelt habe, besprochen. Der H.-B.-V. teilte auf unsere Beschwerde folgendes mit: „Die Arbeit, die den Leuten in der Filiale I angeboten wurde, war Lagerhausarbeit, und zwar sollten die Arbeiter hölzerne Bohlen im Schuppen aufstauen, also Schuppenarbeit. Wir haben den Leuten diese Arbeit nach dem Tarif der Speicherarbeiter angeboten, während eigentlich überhaupt nach dem Kaitarif 4,20 Mk. bezahlt werden. Aber weil die Kai- und Lagerhausgesellschaft besonders erfahrene Leute für diese Arbeit verlangte, hat der Unterzeichnete persönlich veranlaßt, daß diese Leute besser bezahlt werden. Es ist uns gar nicht eingefallen, Kohlenlöscharbeit für 5 Mk. anzubieten. Sie sind hierüber falsch unterrichtet worden. Wir machen Sie wiederholt darauf aufmerksam, daß von unserer Seite streng nach den abgeschlossenen Tarifen vermittelt wird. Da in der Stauererei augenblicklich sehr wenig Arbeiter benötigt werden, hielten wir es für richtig, den Schauerleuten erst mal diese Arbeit anzubieten; es handelt sich um 25 Mann. Jedemfalls werden Sie nach Erkundigung bestätigt finden, daß erstlich mal die in der Filiale I angenommenen Arbeiter nicht für Kohlenlöscharbeit angenommen worden sind, zweitens, daß die für Kohlenlöscharbeit angenommenen Leute nach dem uns zugesandten Tarif angenommen werden.“

Nach Erkundigung bestätigen wir, daß die Angaben des H.-B.-V. richtig sind. Die Auslegung des neuen Lohnsats scheint den Stauern M. Hentschel, C. Liedemann und C. Fromheim Schwierigkeiten zu bereiten. Hat man es doch in letzter Zeit fertig gebracht, Kollegen, die für Nachtarbeit neu angenommen und nur bis 9 Uhr beschäftigt wurden, mit 2,50 Mk. abzuspeisen. Der Tarif besage ausdrücklich, daß den für die Nachtarbeit neu angenommenen Arbeitern ein Mindestverdienst von 5 Mk. zustehe. Auf Beschwerde hat der H.-B.-V. uns mitgeteilt, wenn sich die Leute 5 Mk. zu verlangen, „Es bleibt dabei, wie Ihnen auch schon in der Beschwerdekommision mitgeteilt worden ist, daß in unseren Vermittlungsstellen nur nach den Tarifen vermittelt wird und private Abmachungen, die den Tarif umstoßen, unzulässig sind und nicht geduldet werden.“ Wie die Kollegen von dem Betrieb Hentschel mitteilen, sind ihnen die restlichen 2,50 Mk. pro Mann jetzt ausbezahlt. Von den Kollegen der Stauer Liedemann und Fromheim ist uns noch keine Meldung zugegangen. Beim dritten Punkt: „Besatz derung im Hamburger Hafen“, wurden verschiedene Klagen laut. Die Fährdampfer vieler Stauerfirmen genügen abolut nicht mehr den heutigen Anforderungen. Wie oft kommt es bei dem immer größer werdenden Dampferverkehr vor, daß diese mit Menschen überfüllten Maschienen, wie sie von einem Hebner treffend bezeichnet wurden, gar zu viel Wasser übernehmen und so Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährden; hier müßte vor allen Dingen Abhilfe geschaffen werden. Bei unserer diesjährigen Lohnbewegung sei in bezug auf die Beförderung im Tarif ein Passus aufgenommen, der besage, daß der Arbeitgeber bei allen ar der Südseite liegenden Schiffen, soweit die Benutzung eines Beförderungsmittels notwendig ist, das Fahrgehd zu zahlen hat. Während nach unserer Auffassung der Tunnel nicht als Beförderungsmittel im Sinne des Tarifs in Frage kommt, sind die Stauer anderer Ansicht, soweit es sich um Schiffe handelt, die im Doek bei Blohm und Wob liegen. Vor dem Gewerbegericht wurden die Schauerleute mit der Klage abgewiesen. Von einem Hebner wurde gewünscht, dem Hauptvorstand diesbezügliches Material zu überweisen. Der Vorsitzende kam nochmals auf die Klage gegen die Firma Fromheim zu sprechen, die wegen *K a r t e n e n z i e h u n g* mehrerer Kollegen vor dem Gewerbegericht eine gründliche Wfsuhr erfahren hat. Die betreffenden Kollegen hatten die Arbeit verweigert, weil ihnen zugunsten worden war, aus dem Unterbaum Erz zu löfchen, während ein zweiter Gang aus dem Zwischendeck löfchte. Um nicht Leben und Gesundheit aufs Spiel zu setzen, sind sie kurzerhand an Land gegangen, welcher Standpunkt vom Gewerbegericht auch gebilligt wurde. Nun versucht man eine landgerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Hebner verliest die vom gegnerischen Anwalt ausgefertigte Berufungsbegründung, um den Versammelten zu zeigen, wie man auf dieser Seite bemittelt ist, den Erfolg der Arbeiter wieder illusorisch zu machen. Dem Wunsche, den Arbeitsnachweis auf die nächste Tagesordnung zu setzen, soll Rechnung getragen werden. Am Schluffe wurden dann noch einige Kollegen als Oblente gewählt.

Damit ein Prinz keinen Arbeiterschweiß riecht. Im Hamburger „Echo“ finden wir folgende Notiz: „In der vorigen Woche weilte Prinz Carol von Rumänien in Hamburg und war u. a. auch von der Levante-Blinie zu einem guten Frühstück auf dem neuen Dampfer „Erymanthos“ eingeladen. Auf diesem Dampfer waren aber drei Gang Schauerleute beschäftigt, die jedoch nur bis Mittag arbeiten durften, da in der Mittagstunde der Prinz an Bord kam. Die Schauerleute erhielten auch nur für den halben Tag 2,60 Mk. bezahlt und durften am Freitag morgen weiterkommen. Hätte man die Arbeiter den ganzen Tag arbeiten lassen, so hätten sie 5 Mk., und wenn sie bis 9 Uhr abends gearbeitet hätten, wie beabsichtigt war, noch mehr verdient. Aber man wies ihnen auch nicht mal andere Arbeit für den Nachmittag nach, sondern schickte sie nach Hause. Während also die Herren ein feines Frühstück einnehmen, können die Arbeiter zu Hause Hungerpöten saugen.“ Wir haben dieser traurigen Wahrheit nichts hinzuzufügen.

Streik der Getreidearbeiter in Hamburg. Mit den übrigen Gruppen der Hafenarbeiter sind im Früh-

Jahr auch die Getreidearbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Getreidearbeiter hatten 1895 einen Tagelohn von 3,50 Mk., heute beträgt der Tagelohn für „gebübte“ Arbeiter 4,25 Mk. und für „ungeübte“ — 3,50 deutsche Reichspfennige für eine Arbeitszeit von 11 Stunden pro Tag. Diesem Stauhal seyten die Unternehmer die Krone auf, durch ihre Weigerung, mit der Organisation der Arbeiter zu verhandeln. Der Verein der Kornmüsterfirmen Hamburgs hat stets zu verstehen gegeben, daß die einzelnen Firmen nur von „ihren“ Arbeitern „Wünsche“ entgegennehmen wollten — was das heißt, brauchen wir an dieser Stelle nicht näher auseinanderzusetzen. Die Unternehmer bewilligten keine Verbesserungen, die sie nicht, je nachdem es ihnen in den Kram paßte, jeden Tag ändern konnten. So war es Regel, daß ein aus dem Betrieb ausscheidender „gebübter“ Arbeiter in einem anderen Betrieb nur als ungeübter Arbeiter wieder anfangen konnte. Das brachte eine unerträgliche Unsicherheit für die Arbeiter mit sich.

Die Unternehmer wollten auch diesmal nicht von ihrer „altbewährten“ Praxis abgehen. Die Arbeiter versuchten dann eine einheitliche Lohnregelung herzustellen durch die Vermittlung der Handelskammer und riefen, nachdem die Unternehmer die Vermittlung des Handelsamtes abgelehnt hatten, das Einigungsamt des Gewerbegerichts an. Als auch dieser Versuch fehlgeschlug, bot die Lohnkommission noch einmal ihre Dienste an, die Unternehmer lehnten schroff ab. Allmählich hatte nun die Geduld der Arbeiter ihr Ende erreicht. Eine Versammlung der Getreidearbeiter, die am Donnerstag, 19. September, tagte, beschloß fast einstimmig, bis Sonnabend endgültige Antwort zu verlangen, ob der Verein der Kornmüsterfirmen mit der von den Getreidearbeitern gewählten Lohnkommission verhandeln wolle. Die von über 400 Getreidearbeitern besuchte Versammlung am Sonnabend, 21. September, kam, da die Arbeitgeber auch diese Lohnkommission ablehnten, zu dem Beschluß, am Montag morgen die Arbeit einzustellen. Dieser Beschluß ist auch einheitlich erfolgt. Die Arbeiter ruhte im Hafen und auf den Speichern. In Betracht kamen die Firmen: F. C. W. Dabelstein Söhne, Veit u. Kruse, C. Habermann u. Co., G. C. Morin, Ernst Richter, W. Wehrmann und Klammann u. Wittmeister.

Schon nach zweitägiger Dauer nahm der Kampf eine unerwartete Wendung. Die Kornmüsterfabrik, die während der Verhandlung so härtehaftig tat, als ob sie die Arbeiter mit Haut und Haaren verpeisen wollten, schickte hilfebringend in die Arme des Hafenbetriebsvereins. Ob sie glaubten hier sicheren Schutz zu finden vor den Forderungen der Arbeiter, sei dahingestellt. Wenn sie ihre Gedanken aber da haben, wo jeder vernünftige Mensch sie hat, dann hätten sie sich sagen müssen, daß sie vom Regen in die Traufe kommen müßten. Nachdem die Hauptgruppen der Hafenarbeiter unter teils tätiger teils schweigender Vorführung des Hafenbetriebsvereins weit höhere Löhne erzwungen haben, als die Getreidearbeiter fordern, sich der Verein außerdem für die Einführung der neuinständigen Arbeitszeit erklärt hatte, konnte er unmöglich für die Erhaltung der Hungerlöhne bei den Getreidefirmen eintreten. Der Hafenbetriebsverein teilt der Ortsverwaltung unserer Organisation denn auch schon am zweiten Streiktag mit, daß die Waage bereit sei, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bewilligen, und daß in den nächsten Tagen die Verhandlung mit den Arbeitern beginnen könnten. Weiter teilte der Verein mit: Er mache es nicht zur Bedingung, daß die Arbeit nunmehr wieder aufgenommen werde, er wünsche aber, im Interesse der Arbeiter sowie der Arbeitgeber, daß darüber die Arbeiter eine Entscheidung treffen, ob sie die Arbeit am Donnerstag Morgen aufnehmen wollen.

In der am nächsten Tag von den Streikenden abgehaltenen Versammlung wurde auf den Vorschlag der Organisationsleitung beschlossen, am Donnerstag in sämtlichen Betrieben die Arbeit aufzunehmen. So einmütig, wie die Getreidearbeiter die Arbeit eingestellt, so einmütig ist der Beschluß gefaßt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Organisation, die so lange von den Getreidefirmen gemieden, ist jetzt im vollen Maße anerkannt.

Die Unternehmer vom Schlage der Kornmüster brauchen sich nicht zu wundern, wenn ihre Organisationsfeindschaft bei den Arbeitern die Ueberzeugung weckt, daß es besser sei, drei Tage zu streiken als ein halbes Jahr Verhandlungen zu pflegen. Sie haben selbst den größten Schaden davon.

Schlechte Arbeitsgelegenheit im Hamburger Hafen. Ueber die Beschäftigung im Hamburger Hafen berichtet der Hafenbetriebsverein:

„Der Monat August war für den Hamburger Hafen einer der verkehrsschwächsten Monate des laufenden Jahres. Die Zahl der werktätig durchschnittlich Beschäftigten ging im Stauereibetrieb von 4932 im Juli auf 4464 im August und im Raibetrieb von 5882 auf 5267 zurück. Gegenüber dem August des Vorjahres allerdings ist in beiden Betriebszweigen eine Zunahme zu verzeichnen, da im August 1911 die Stauerei täglich im Durchschnitt nur 3970 und der Raibetrieb 5120 Arbeiter beschäftigt hatte. Im Betriebe der Schiffsbereinigung dagegen war der August bisher der arbeitsreichste Monat, indem 1429 Arbeiter durchschnittlich werktätig in Beschäftigung waren gegen 1293 im Juli und gegen 1232 im August 1911. Die Schiffsbereinigung hatte 349 Beschäftigte gegen 342 im Juli und gegen 250 im August des Vorjahres. Im Hafen- und Lagerhausbetriebe von Harburg hat sich der Stand der Beschäftigung weder im Vergleich zum Vormonat noch zum Vorjahr verändert, da im August täglich im Durchschnitt 377 Arbeiter gegen 376 im Juli und 376 im August 1911 beschäftigt worden sind.“

Wenn man bedenkt, daß schon der Monat Juli mit der Beschäftigungsmöglichkeit hinter dem Maximum erheblich zurückblieb, so kann man verstehen, daß die

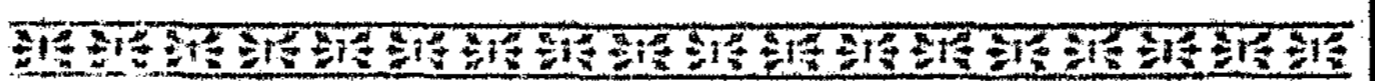
Hafenarbeiter nicht gerade rosiger Laune sind — um so mehr, als die Seeschifffahrt so glänzend da steht, wie wohl nie zuvor.

Hamburg. Der Verein der Hamburgischen Quarantänenleute von 1888 veröffentlicht in der Reeder- und Handelpresse folgende Bekanntmachung:

„Infolge der bereits am 1. Juli in Kraft getretenen bedeutenden Erhöhung der Löhne der in unseren Betrieben beschäftigten Arbeiter, sowie der in den letzten Jahren erfolgten Steigerung der Betriebskosten sind wir gezwungen, ab 1. Oktober d. J. die bestehenden Spesenätze um mindestens 15 pCt. zu erhöhen.“

Da werden die Uffert und Konferten sich schmunzeln über den Wuch streichen: Wl auch mal ist so eine Lohnbewegung der Arbeiter doch eine ganz angenehme Sache — auch für den Geldbeutel der Unternehmer.

Mörderische Arbeitsmethode im Hamburger Hafen. Im S. C. finden wir folgende Notiz: Beim Löschen des deutschen Dampfers „Liebenfels“ war der Schauerer Karl Sager auf eine Luke beordert, um die mittels Kran aufzuhubenden Stöße, von der Luke freizuhalten. Hierbei hatte eine Stiege unter den Lukenbecken, auf dem S. stand; dieser wurde aus seiner Lage gehoben und der Mann stürzte mit samt der Luke in der Unterraum, wo der Schauerer Mann bestimmungslos liegen blieb. Mit einem Schädelbruch und inneren Verletzungen wurde der Schwerverletzte nach dem Hafentrankenhaus gebracht.



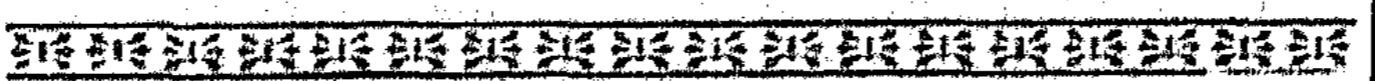
Erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft.

Jeder neue Geschäftsabluß, der aus der Montanindustrie bekannt wird, bestätigt, daß die Unternehmen glänzende finanzielle Resultate erzielen. In breiten Stufen steigt den Aktionären der aus der Arbeit anderer entspringende Gewinn, gegen zu. Zwar hört man aus den meisten Berichten, die Löhne seien in bedrohlichem Maße gestiegen, und man könnte fast ein Grauen vor der Begehrlichkeit der Arbeiter bekommen, so aufdringlich wird die Not der Unternehmer geschildert. In Wirklichkeit ist natürlich der Gewinn nicht nur absolut und in Prozent des Aktienkapitals, sondern auch pro Kopf der Arbeiter gestiegen. Aus einigen Berichten, die Angaben darüber enthalten, machen wir für die beiden letzte Geschäftsjahre folgende Uebersicht, die sich auf die Unternehmen: Deutsch-Luxemburg, Rheinische Stahlwerke, Phönix, Numex-Friede bezieht. Ihre Abschlässe zeigen diese Ziffern:

	Vorletztes Jahr	Letztes Jahr.
Abschreibungen in Markt	22 492 747	29 477 576
Reingewinn	40 901 998	55 108 873
Arbeiterzahl	65 343	73 913
Reingewinn pro Arbeiter in Markt	626	747

Obwohl die Abschreibungen im letzten Jahre gegenüber dem Vorjahre um fast 7 Millionen Markt gleich 30 pCt. mehr absorbierten, ist der Reingewinn doch noch um 14 1/2 Millionen Markt oder 35 pCt. gewachsen. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der Arbeiter aber nur um 8 570 das macht 13 pCt. Demzufolge erhöhte sich die Summe des Reingewinnes pro Kopf der Arbeiter um 121 Mk. oder um fast 20 pCt.

Darans ist zu ersehen, wie die gestiegenen Löhne die Gewinne auffressen!



Warum mußte der Berunglückte auf dem Untendeck stehen? Könnte die Luke wirklich nicht abgedeckt werden? Wenn ja, dann komme das Blut des Bedauernswerten über die, durch deren Schuld es vergossen wurde.

Knebelungsmaßnahmen bei der Hamburg-Amerika-Linie. Es ist hinreichend bekannt, daß bei der Hamburg-Amerika-Linie alles versucht wird, die Arbeiter unter die Kneute zu bekommen, was jedoch bei einigen Kategorien nicht so leicht möglich ist. In letzter Zeit hat ein Revisormeister W. den Versuch gemacht, die Kesselreiniger zu knebeln, indem er die Leute in ein Kontraktsystem hineinzwingen wollte. Da nur aber in einer Versammlung der Kesselreiniger beschlossen worden ist, in ein Kontraktverhältnis nicht einzugehen, so wurden plötzlich 25 Mann entlassen, die alle vier bis sechs Jahre in dem Betrieb der Hamburg-Amerika-Linie beschäftigt gewesen sind. Der Meister hat die Arbeiter vor die Alternative gestellt: Entweder ihr unterschreibt den Kontrakt, oder ihr werdet entlassen. Und letzteres hat er zur Wahrheit gemacht, nachdem die Leute sich nicht binden und freie Arbeiter bleiben wollten. Der Sektionsleiter ist dann mit den Entlassenen nach dem Hafenbetriebsverein gekommen und hat mit dem Kapitän Brandt über die Angelegenheit verhandelt. Da er jedoch mit der Hamburg-Amerika-Linie nichts anfangen kann, will er die Entlassenen unterführen, indem er die Arbeitsvermittler antweisen will, daß die Leute so schnell wie möglich bei anderen Kesselreinigerfirmen ein Unterkommen finden. Da die Leute alle Arbeitskarten haben, könnten sie auch als Schiffsbereiniger beschäftigt werden. Das Verhalten des Meisters W. beurteilt sogar Kapitän Brandt.

Die Garde des Hafenbetriebsvereins. Um dem Deutschen Transportarbeiterverband Abbruch zu tun, hat die Wirtschaftliche Vereinigung der Kontrakt-schauerleute in einer Versammlung beschlossen, einen Lokalverband der Hafenarbeiter für Hamburg-Altona zu gründen. In diesen Verein sollen alle Hafenarbeiter aller Branchen, als Schauerleute, Ewerführer, Speicherarbeiter, Malerarbeiten usw. aufgenommen werden. Wie der Vorsitzende der Wirtschaftlichen Ver-

einigung Hugo Giebler, in der Versammlung ausführte, soll der Lokalverband den Zweck haben, die Rechte der Mitglieder gegen den Hafenbetriebsverein zu wahren. Von den Oblieten war ein Antrag gestellt, der dahin ging, der Wirtschaftlichen Vereinigung auch außerhalb der Berufsstunde mehr Bewegungsfreiheit zu geben. Begründet war der Antrag damit, aus dem Rahmen der Wirtschaftlichen Vereinigung herauszutreten und einen Lokalverein zu gründen. Auch solle auf das Unterstützungswochen-mehr Gewicht gelegt werden, um in Not gerathenen Kollegen helfen zu können. Beschlossen wurde, den Titel: „Wirtschaftliche Vereinigung der Kontrakt-schauerleute Hamburgs“ am Schlusse dieses Monats zu streichen und am 1. Oktober d. J. den Lokalverband (gemeint ist jedenfalls Lokalverein) zu bilden und sofort neue Mitglieder aufzunehmen. Wir kennen die Weise, wir kennen den Ort, wir kennen auch den Verfasser, wir kennen auch Hugo Giebler, wir kennen auch den Hafenbetriebsverein und wissen wie S. G. zu diesem steht. Man will auf den Einpaßung gehen. Ob es gelingen wird? Die Hamburger Hafenarbeiter sind gewerkschaftlich viel zu sehr geschult, als daß sie den Ehrennachfragen der Gelten unter der neuen Firma folgen. Sie würden dort auch nur die bittersten Erfahrungen machen.

Lohnnachweise und Beitragsumlegung für Schlepper- und Leichterbetriebe nach der Reichsversicherungsordnung. Nach § 10 Abs. 5 des See- und Unfallversicherungsgesetzes finden die Vorschriften des § 10 Abs. 1 bis 4 a. a. O. über den Jahresarbeitsverdienst der zur Schiffsbesatzung gehörenden Personen auf die in Schlepper- und Leichterbetrieben beschäftigten Personen keine Anwendung. Diese Einschränkung wollte der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung fallen lassen. Der Vorschlag hatte indessen keinen Erfolg. Nach §§ 1067, 1074 der Reichsversicherungsordnung gelten vielmehr für den Jahresarbeitsverdienst der in Schlepper- und Leichterbetrieben Beschäftigten nicht die §§ 1067 ff., sondern die §§ 563 bis 566, 568 aus der gewerblichen Unfallversicherung und die besonderen Bestimmungen der §§ 1075 bis 1078, 1082. Dagegen ist die Fassung des § 1166 Abs. 2 Nr. 2 (Lohnnachweise) und des § 1169 Nr. 1 (Beitragsumlegung) nicht entsprechend geändert worden. Gegenüber der Ausnahme, daß sich aus dieser Rechtslage die Notwendigkeit ergebe, nunmehr auf dem Wege des § 1068 auch für die Besatzung von Schleppern und Leichtern Durchschnittsgehältern festzusetzen, hat das Reichsversicherungsamt kürzlich die Auffassung vertreten, daß für die Festsetzung von Durchschnittsgehältern für die Besatzung von Schleppern und Leichtern es an einer gesetzlichen Unterlage fehle und daß der Ausdruck „Seefahrzeuge“ in § 1166 Abs. 2 und in § 1169 Nr. 1 in einem engeren Sinne zu verstehen, also nicht auf Schlepper- und Leichterbetriebe zu beziehen sei. Für solche Betriebe sind daher Lohnnachweise einzureichen und sind die Beiträge der Mitglieder nach den Lohnnachweisen umzulegen. Damit erfüllt auch die Notwendigkeit einer Abschätzung im Sinne des § 1148 der Reichsversicherungsordnung.

Harburg. Ein neuer Abgaben-Tarifentwurf für See-, Flußschiffe und Leichter. Der am 1. April 1913 in Kraft treten soll, ist an die Interessenten geschickt worden. Die Vorarbeiten zu dem Entwurf haben etwa zwei Jahre gedauert, während die Empfänger des Tarifes sich innerhalb weniger Tage äußern sollen. Durch die weitere Erleichterung des Köhlbrandes für den Wasserverkehr erwachsen dem preussischen Staat ziemlich hohe Unkosten, und die Zinsen für das gebrauchte Kapital sollen aufgebracht werden. Die Stadt Harburg muß entsprechend ihren Hafenanlagen einen gewissen Prozentsatz an den Fiskus abführen. Der Magistrat hat deshalb oben erwähnten Tarif, der eine bedeutende Erhöhung der bisherigen Hafengelder vorsieht, ausgearbeitet. Dem Tarifentwurf entnehmen wir, daß Seeschiffe bis 200 Kubikmeter Rauminhalt auf dem bisherigen Satz von 4 Pf. per Kubikmeter stehen geblieben sind, während für Schiffe größerer Dimensionen 8 Pf. per Kubikmeter bezahlt werden sollen. Am schwersten getroffen sind die Flußschiffe, Leichter und offenen Fahrzeugen. Bisher wurden 2 Pf. per Kubikmeter Hafengelder berechnet, wogegen nach dem neuen Tarif per Tonne (1000 Kilo) 6 Pf. errichtet werden müssen. Das bedeutet eine Steigerung von nahezu 100 pCt. Offene Fahrzeuge (Schulen), die jetzt 1,50 Mk., ganz gleich welche Größe sie hatten, kosteten, sollen in Zukunft ebenfalls mit 6 Pf. pro Tonne Hafengelder berechnet werden. Diese Steigerungen bedeuten eine kolossale Belastung der Ewerführerbasis. Nicht nur, daß die Transportkosten ganz gewaltig steigen, werden die Ewerführerbetriebe beinahe lahm gelegt. Während bisher die Schiffe in Harburg geleichtert wurden, wird man in Zukunft den Umschlag in Harburg vornehmen und nur ein kleiner Bruchteil — die für die hiesigen Fabriken bestimmten Rohprodukte — wird auf dem Wasserweg hierher kommen. In Harburg brauchen Anlegegelder für Flußschiffe überhaupt nicht entrichtet werden, wodurch sich auch erklärt, daß mit wenig Ausnahmen alle Güter nach dort beordert werden. Um dem Hamburger Hafen Konkurrenz zu bieten, sind Ladungen von Harburg in Altona ebenfalls frei, während für Schiffe von Harburg nach Altona daselbst Anlegegelder bezahlt werden müssen. Durch die Erhöhung der Anlegegelder im hiesigen Hafen wird zweifelsohne eine Umwälzung im Güterverkehr zu Ungunsten Harburgs stattfinden. Durch diese Verkehrs-einschränkung werden in erster Linie die Hafenarbeiter getroffen werden. Aber auch die mit dem Hafen in Verbindung tretenden Geschäftslente werden mit einem Geschäftsrückgang zu rechnen haben. Unseres Erachtens brauchen die Sätze für das Anlegen überhaupt nicht erhöht werden. Bei den jetzigen Tariffätzen würde sich der Güterverkehr nach Erleichterung des Köhlbrandes gewiß heben und die Ein-

nahmen würden sich dadurch steigern. An einer ganzen Reihe von Stellen sind nicht nur die an der Schiffahrt beteiligten Kreise interessiert. Alle Geschäftsleute haben Ursache, dafür zu wirken, daß die Arbeitslosigkeit an Hafen nicht schlechter, sondern besser wird. Diese ganze Verkehrspolitik zeigt aber, daß man in Hamburg noch wenig von dem Nachbartstaat Hamburg gelernt hat. Während dort durch möglichst günstige und vorteilhafte Verkehrsanlagen der Güterverkehr gefördert wird, ist man hier bestrebt, durch Erhöhung aller Art dem Verkehr den Lebensnerv zu unterbinden. Ob die erwerbstätige Bevölkerung dadurch immer schwerer zu kämpfen hat, läßt eine weise Stadtregierung fall. Auf der einen Seite Vertreibung der Lebensmittel, auf der anderen Seite schlechte Arbeitsverhältnisse. Galt preussische Wirtschaftspolitik!

Neun Millionen für neue Hafenanlagen an der Elbmündung. Der Hamburger Bürgerchaft ist eine Senatsvorlage zugegangen, wonach der neue Hafen in Cuxhaven mit einem Kostenaufwand von rund 9 Millionen Mark derart erweitert werden soll, daß die neuen Riesenschiffe der Hamburg-Amerika-Linie (Imperialklasse) dort ohne Schwierigkeiten anlegen und havarierte Schiffe Schuttschiffen können, ohne erst das unsichere Fahrwasser der Elbe passieren zu müssen. Die Hamburg-Amerika-Linie will dadurch einen auf die Stunde pünktlichen Verkehr zwischen Elbe und Newyork erreichen.



Berlin. Sektion der Hausdiener, Bacter, Rutscher in den Papier und Wappem ein groß Firmen, Buchdruckereien, Buchbindereien, Buchhandlungen und der Papierverarbeitungsindustrie. Am Montag, den 16. September, fand eine gutbesuchte Versammlung statt, in welcher der Kollege K. den Bericht über den Verbandstag in Breslau gab. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall und war man mit der Haltung der Delegierten einverstanden. Den Bericht über die örtliche Generalversammlung vom 2. Quartal 1912 gab der Kollege A. und wurde dieser debattelos entgegengenommen. Unter Verursachung schilderte zunächst der Branchenleiter E. den Tarifabschluß für die Kollegen der Firma Alstein u. Co. Der neue Tarif sieht in seinen Positionen Erhöhungen in den einzelnen Staffeln von 1,50—2 M. vor, ebenfalls bei den Höchstlöhnen. Die Maßregelung des Kollegen W. vom Betriebe Fuhr, Buchbinderei, welche durch eine Hilfsarbeiterin aus der gesperrten Firma Buch- und Kunstdruckwerke zustande kam, wurde zur Kenntnis genommen. W. hat durch die Organisation seine Unterstützung erhalten und ist durch den Nachweis in andere Stellung gebracht worden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Leipziger Buchhandlungs-Markthelfer ihren Tarif gekündigt haben. Da voraussichtlich der Kampf in diesem Jahre für die Leipziger Kollegen ein schwieriger wird, ist jedes Arbeitsangebot nach Leipzig vorläufig zurückzustellen. Der Branchenleiter S. gab dann einen Situationsbericht über die bestehenden Organisationsverhältnisse der Kollegenschaft, über die scharf-nachteiligen Auslassungen des Buchdruckereibesetzungsvereins, sowie des Schuyverbandes der Steindruckerei- und Lithographen-Unternehmer. Die Aufnahme einer Lohnstatistik für die Branche wäre in diesem Jahre zu empfehlen, die in der Diskussion beantwortet wurde. Eine dem Sinn entsprechende Resolution fand Annahme. Der Branchenleiter wurden die weiteren Schritte bez. der Fragebogen übertragen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen war Schluß der Versammlung.

Halle a. S. Eigenartigen Schicksalschlägen ist historisch die Sonntagsruhebewegung der Handelsangestellten ausgesetzt. Seit ca. 5 Jahren hat unser Verband im Verein mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen den hiesigen Magistrat und Stadtverordnete mit Petitionen um Durchführung der vollständigen Sonntagsruhe gebeten. Diesen fortwährenden Anregungen folgend, hatte sich endlich der Magistrat dazu herbei gelassen, eine Neuregelung des Ortsstatuts betreffend der Sonntagsarbeit den Stadtverordneten zu unterbreiten. Einen kleinen Fortschritt barg die vorgelegene Neuregelung in sich, indem statt der bisherigen fünfständigen Sonntagsarbeit eine solche von zwei und einer halben Stunde zum Vorschlag kam. Als jedoch diese Gelegenheit im Stadtverordnetenrat zur Beratung stand, da geschah etwas, was sich weder die Handelsangestellten, noch die Geschäftsinhaber noch das laufende Publikum hätte träumen lassen, da geschah es nämlich, daß die freisinnig-sozialistische Stadtverordnetenmehrheit die Ratsvorlage völlig ablehnte und sich hinter die reichsrechtliche Regelung der Sonntagsarbeit verschlangte.

Daß durch die Niedertrümpelung der bescheidenen Wünsche der Handelsangestellten unter diesen eine große Erregung entstand, ist begreiflich. Vor allem waren es wiederum die Mitglieder unserer und des Handlungsgehilfenverbandes, die in der Presse und durch andere zur Verfügung stehende Mittel, das Gebahren der hiesigen Stadtverordneten in das rechte Licht rückten. Da sich aber nun die hervorgerufene Erregung auch auf das Publikum ausdehnte, belamen es die Geschäftsinhaber selbst mit der Angst zu tun — es graute ihnen, vor ihren Freunden, nämlich vor den von ihnen ins Stadtparlament entsandten Vertretern — und sie hatten nichts Eiligeres zu tun, als sofort eine

Liste in Umlauf zu setzen, in die sich die Geschäftsinhaber einzeln einzeichnen sollten, um eine freiwillige Sonntagsbeschränkung in die Wege zu leiten. Der Erfolg war der, daß sich in wenigen Tagen gegen 400 Firmen bereit erklärten, ab 1. Oktober ihre Läden Sonntags nur noch von 1/2 12 bis 2 Uhr mittags zu öffnen. Die Inhaber der diese Bewegung leitenden Aktion ließen sich sogar herbei, mit den Vertretern der freigeordneten Arbeiterchaft in Verbindung zu setzen, damit ihr Vorhaben auch den nötigen Nachdruck erhalte.

Zu dieser ganzen Angelegenheit nahm dann eine von ca. 400 Handlungsgehilfen, Gehilfinnen und Hausdiener besuchte öffentliche Versammlung am Montag, den 23. September Stellung, über deren Verlauf noch Nachstehendes gesagt sei:

Nachdem Herr Wittig-Beipzig ein vorzügliches Referat über die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gehalten hatte, sprach Herr Redakteur Poenen über den Punkt: Wie ist ein freiwilliger Ladenschluß durchführbar?

Der Redner schilderte die große Erregung, die gegenwärtig die Handelsangestellten beherrscht und ging dann dazu über, nachstehende Resolution zu begründen:

„Die heute in Wilsdorf's Gesellschaftshaus tagende Versammlung der Handlungsgehilfen, Verkäuferinnen und Geschäftsdieners hat protestiert energisch gegen den Beschluß des hiesigen Stadtverordnetenkollegiums, wodurch die Vorschläge des Magistrats, die Beschränkung der Sonntagsarbeit in allen Geschäften durch Ortsstatut zu regeln, abgelehnt wurde und wobei man sich wiederholt hinter einer reichsrechtlichen Regelung verchanzt hat.

Es entspricht nur dem reinen Menschlichkeitsgefühl, nach sechsstündiger — pro Tag 10—13 Stunden, meistens ohne jede geregelte Essens- oder Ruhepause, während der — Arbeitszeit, einen vollständigen Ruhetag zu gewähren. Die unterzeichneten Organisationen wollen nach Uebereinkunft mit maßgebenden Firmen am Orte die möglichst weitgehende Beschränkung der Sonntagsarbeit durchsetzen.

An das laufende Publikum richtet die Versammlung das Ersuchen, die Handelsangestellten in ihrem Kampfe zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß jeder Einkauf am Sonntag vermieden wird.

Ferner erwartet die Versammlung, daß die gesamte Presse den Angestellten zur Seite steht und die arbeiterfeindlichen Geschäftsinhaber fernhält.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß nur die strengste Ueberwachung der Geschäfte an den Sonntagen die Gewähr für die Durchführung der erweiterten Sonntagsruhe bietet.

Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands. Deutscher Transportarbeiter-Verband. Zahlstelle Halle.

Redner konnte unter dem Beifall der Versammlung für die Durchführung dieser Resolution die Unterstützung der hiesigen Gewerkschaften zusagen, die in Versammlungen und Druckschriften gegen das Sonntagsverkaufen Propaganda machen werden und auch in Einzelfällen das Vorgehen der einzusetzenden Revisionskommission unterstützen würden. Redner schloß mit der Aufforderung, sich den machtvollen Gewerkschaften durch den Beitritt zum Zentralverband anzuschließen.

Nach einer kurzen Pause wurde Mitteilung gemacht von einer neuen Petition, die an die Stadtverordneten gerichtet werden soll. Sie lautet:

„Die große Erregung, die die Ablehnung der Neuregelung der Sonntagsruhe bei den Angestellten und den Geschäftsinhabern hervorgerufen hat, sowie der auffallend starke Besuch der Protokollversammlung und die lebhafteste, umfassende Bewegung zur Schaffung einer freiwilligen Sonntagsruhe beweisen offensichtlich, daß der Vertagungsbeschluß der Stadtverordnetenrat im Widerspruch steht mit den Wünschen aller Interessenten.

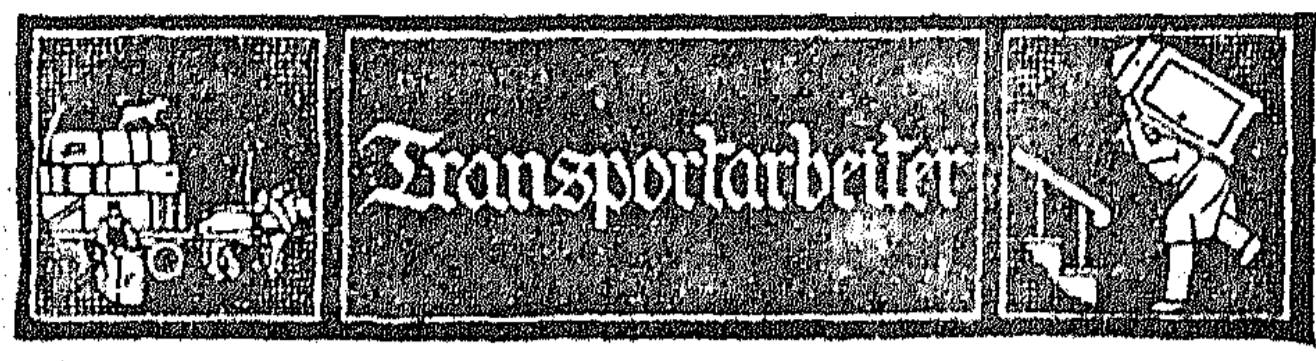
Die Stadtverordneten werden dringend gebeten, sich von der objektiven Unrichtigkeit und Unzumutbarkeit ihres Vertagungsbeschlusses zu überzeugen.

Wir beantragen deshalb aufs neue, ein Ortsstatut zu schaffen, daß die völlige Sonntagsruhe, mit Uebergangsbestimmungen für den Nahrungsmittelhandel, vorsieht. Die Stadtverordnetenversammlung würde mit der Schaffung eines neuen Ortsstatuts die Ursache einer tiefgehenden Erregung beseitigen.

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Ebenso einstimmig erteilte die Versammlung dem Bureau den Auftrag, die vorgelegte Petition an die Stadtverordnetenversammlung einzureichen und dem Reichstag eine Petition um schnelle Durchführung der völligen Sonntagsruhe zu übermitteln.

Wir werden also nun das Schauspiel erleben, daß sich das Stadtverordnetenkollegium von Neuem wieder mit der Regelung der Sonntagsarbeit befassen müssen und, solange den Handelsangestellten von dieser Seite nicht Rechnung getragen werden wird, so lange wird sich dieses Kollegium die „Verlastigung“ durch uns gefallen lassen müssen, denn mit der freiwilligen Verkürzung der Sonntagsarbeit von fünf auf zweieinhalb Stunden werden wir uns nur vorläufig zufrieden geben, weshalb auch nach wie vor unser Ruf lautet:

Heraus mit der vollständigen Sonntagsruhe!



Berlin. Die Kollkutscher, Begleiter und Bodenarbeiter nahmen am Sonntag, den 22. September, in einer gutbesuchten Versammlung Stellung zu den letzten Vorgängen bei der Berliner Paketfabrik-Gesellschaft.

Ein Kollege referierte hierzu über das Thema: „Die Koalitionsfeindlichkeit der Paketfabrik-Gesellschaft und die Geschäftsverbindlichkeiten einzelner Gewerkschaften mit derselben.“ Er wies einleitend darauf hin, wie es diese Gesellschaft verstanden hat, das Koalitionsrecht ihrer Angestellten illusorisch zu machen.

Der Referent konnte durch verschiedene Schriftstücke nachweisen, daß seitens unseres Verbandes, sowie des Lokalvereins Berliner Speditoren schon in früheren Jahren Verhandlungen stattgefunden haben, die aber stets an dem Starrsinn der Gesellschaft gescheitert sind. Immer wieder hat es die Gesellschaft verstanden, einen Druck auf ihre Angestellten auszuüben. Schon im Jahre 1906 hat sich die Gesellschaft bereit erklärt, mit der Verbandsleitung zu verhandeln, ja sie direkt dazu aufgefordert. Zwei Tage vorher haben dann aber sämtliche Angestellten einen Meyers unterschreiben müssen, worin sie erklärten, während ihrer Tätigkeit bei der Paketfabrik-Gesellschaft nicht dem Deutschen Transportarbeiterverband anzugehören, widrigenfalls sie entlassen würden und eine Strafe von 50 Mark zu zahlen hätten.

Solche Handlungsweise verstoße gegen die guten Sitten und zeige die Arbeiterfeindlichkeit der Paketfabrik-Gesellschaft in schönstem Lichte.

Wenn nun aber diesem Verhalten der Paketfabrik-Gesellschaft gegenüber sich heute noch freie Gewerkschaften finden, die der Gesellschaft dauernd Aufträge zuerteilen werden lassen, so spreche das von einem großen Mangel an Solidaritätsgefühl. Es müsse Befremden erregen und sei auf's schärfste zu mißbilligen, daß der Deutsche Metallarbeiterverband sowie auch der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter noch heute mit der Paketfabrik-Gesellschaft in dauernder Geschäftsverbindung ständen, ja der Verband der Sattler und Portefeuliers läßt sogar seine Beiträge von der Paketfabrik-Gesellschaft erheben.

In der Diskussion sprachen alle Redner einmütig über das arbeiterfeindliche Verhalten der Paketfabrik-Gesellschaft ihre schärfste Mißbilligung aus, verurteilten ferner die Handlungsweise der obengenannten Gewerkschaften und ersuchten die Verbandsleitung, Schritte einzuleiten, daß solches in Zukunft unmöglich gemacht wird.

Es ging nachstehende Resolution ein, welche einstimmig zur Annahme gelangte:

„Die heute in Bökers Saal tagende Versammlung der Kollkutscher, Begleiter und Bodenarbeiter aus den Speditionsbetrieben Berlins nimmt mit Enttäuschung Kenntnis davon, daß einige Gewerkschaftsverbände ihre Fachzeitschriften und sonstigen Aufträge immer noch durch die Berliner Paketfabrik-Gesellschaft bestellen lassen.

Da die Berliner Paketfabrik-Gesellschaft nach wie vor ihre Angestellten durch Verträge, welche wie gerichtsnötig festgestellt, gegen die guten Sitten verstoßen, zwingt, auf die Ausübung ihres gesetzlichen Koalitionsrechtes zu verzichten, und ferner, da das Koalitionsfeindliche Gebahren der Direktion dieser Gesellschaft in neuerer Zeit der Arbeiterchaft hinfänglich in der Presse geschildert wurde, muß es jeden denkenden Arbeiter befremden, daß Geschäftsverbindungen mit einer solchen arbeiterfeindlichen kapitalistischen Gesellschaft von den in Frage kommenden Gewerkschaften dennoch aufrecht erhalten werden.

Die Versammelten sind der Meinung, daß es Ehrenpflicht der organisierten Arbeiterchaft sein muß, gegen jene Bestrebung, die auf eine Beeinträchtigung der Ausübung des Koalitionsrechtes hinausgeht, gemeinsam und energisch Front zu machen und ganz besonders in solchen Fällen, wo dies vom privatkapitalistischen Unternehmern versucht wird.

Aus diesem Grunde betrachten die Versammelten das Verhalten der in Frage kommenden Verbände als unsolidarisch und als mit den Grundsätzen in der Arbeiterbewegung unvereinbar und sprechen ihre tiefste Mißbilligung darüber aus.

Die Branchenleitung wird daher beauftragt, bei der Verbandsleitung und sonstigen Instanzen der Berliner Arbeiterbewegung Schritte zu unternehmen, damit ein gemeinsames Handeln der organisierten Arbeiterchaft gegen die koalitionsfeindliche Paketfabrik-Gesellschaft unternommen wird.

Außerdem wurde noch folgender Antrag einstimmig angenommen:

Wir beantragen, daß ein Flugblatt über die Berliner Paketfabrik-Gesellschaft an ganz Groß-Berlin und in allen Versammlungen ausgelegt wird.

Den Bericht von der letzten Generalversammlung gab der Kollege Berner. Außer einigen Fragen, die der Kollege Büschel beantwortete, wurde von einer Diskussion über den Bericht abgesehen.

Unter Verschiedenes wurde von mehreren Kollegen Beschwerte darüber geführt, daß die tariflich festgesetzte Arbeitszeit meistens überschritten würde. Nachdem noch einige Branchenangelegenheiten besprochen wurden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Gildesheim. Die Lohnbewegung der hiesigen Möbeltransportarbeiter ist mit einem Erfolge für die Kollegen beendet worden. Es ist zwar nicht gelungen, den Abschluß eines Tarifes zu erreichen, immerhin ist aber der Anfang gemacht, geordnete Verhältnisse zu schaffen. Bisher lagen die Dinge so, daß die Kollegen überhaupt nicht mußten, wofür sie arbeiteten. Die Bezahlung erfolgte ganz nach

Belieben der Unternehmer. Löhne von 4-5 Mk. wurden wohl bezahlt, aber für eine Arbeitszeit die oftmals 12-16 und mehr Stunden betrug. Ueberstunden wurden in den seltensten Fällen bezahlt.

Jetzt werden folgende Lohnsätze bezahlt.

In der Zeit vom 14. 8. — 24. 8.	5.— Mk.
" " " " 25. 8. — 3. 9.	5,50 "
" " " " 4. 9. — 10. 9.	6.— "
" " " " 11. 9. — 17. 9.	6,50 "
" " " " 18. 9. — 24. 9.	7.— "
" " " " 25. 9. — 31. 9.	7,50 "

und für die übrige 4,50 Mk. bei eifftindiger Arbeitszeit. Halbe Tage werden mit 8 Mk. und einzelne Stunden mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt. Die Entschädigung für Ueberstunden beträgt 50 Pf. pro Stunde.

An den Kollegen liegt es nun, das Erreungene zu halten und somit den Weg für weitere Erfolge zu ebnen.

Hoffentlich werden aus dieser Bewegung auch die übrigen Hildesheimer Kollegen die nötige Lehre ziehen. Die Verhältnisse sind hier gerade nicht die Besten und wäre eine allgemeine Aufbesserung der Löhne dringend notwendig.

Wenn die Kollegen ihre Pflicht erfüllen, wird dieser Wunsch bald in Erfüllung gehen.

Königsberg i. Pr. Die bei der Firma Henze, Mahlow u. Co. beschäftigten Bader, Expeditions-kutcher, Begleitmannschaften und Schuppenarbeiter sind am 21. d. Mts. wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen auf Negehung des Arbeitsverhältnisses, Bezahlung der Ueberstunden, in den Streik getreten.

Wie berechtigt diese Arbeitseinstellung war, geht daraus hervor, daß Lohnforderungen nur in Höhe von 80 Pf. pro Woche gestellt wurden, indem die Arbeiter verlangten, daß ihnen der Lohn von 20 Mk. pro Woche voll ausgezahlt und nicht noch die Krankenkassenbeiträge abgezogen werden.

Wie die Firma ihr Personal ausnützt, geht daraus hervor, daß Ueberstunden, welche in großer Anzahl geleistet, nicht bezahlt werden. Vielmehr besteht hier das berühmte System der Gratifikationen, welche bei besonderen Anlässen in Höhe von 30 bis 90 Pf. gezahlt werden. Auch Sonntagsarbeit wurde bisher nicht bezahlt, trotzdem auch solche eine ständige Erscheinung bei der Firma Henze, Mahlow u. Co. ist.

Daß diese so gedrückten Arbeiter bei den heutigen Teuerungsverhältnissen ihre Lage verbessern wollen, ist natürlich. Schon vor einigen Wochen führten sie einen wilden Streik, welcher ihnen eine Aufbesserung ihres Lohnes von 17,50 Mk. (bei 14stündiger Arbeitszeit) auf wenigstens 20 Mk. brachte. Es wurde ihnen auch damals zugesichert, daß sie die Ueberstunden bezahlt bekommen sollten, es ist jedoch bei der Zuficherung geblieben. Nun sagten sich die Kutcher und sonstigen Arbeiter, daß man ernst machen müsse und eine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses und Bezahlung der Ueberstunden verlangen. Sie beauftragten ihre Organisation, den Deutschen Transportarbeiterverband, die Wünsche der Arbeiterschaft zu formulieren und der Firma zu unterbreiten.

Über die Firma denkt gar nicht daran, diese äußerst bescheidenen Wünsche der Arbeiterschaft zu bewilligen, sondern erklärt kategorisch: Es bleibt alles beim alten, Ueberstunden werden nicht bezahlt. Versuche, Verhandlungen anzubahnen, scheiterten an dem Herrenstandpunkt der Inhaber.

So blieb der Arbeiterschaft weiter nichts übrig, als von ihrem gewährtesten Recht Gebrauch zu machen und die Arbeit einzustellen. Bis auf 9 Mann-kreuzler und evangelische Arbeitervereiner, welche ja Streikbruch als ihr vornehmstes Recht betrachten, hat die Arbeiterschaft einmütig den Betrieb verlassen.

Die Firma hatte schon vor Ausbruch des Streiks 5 in h e r ü d e r herangezogen, welche nun auf das Publikum losgelassen wurden. Jedoch scheint die von diesen Herren ausgeübte Tätigkeit der Firma nicht besonders behagt zu haben, denn schon am Abend des ersten Streiktages suchten Henze, Mahlow u. Co. bereits für Sonntag um Verhandlungen nach. Dieselben gestalteten sich recht schwierig, da die Firma nicht zur Eingehung eines Vertrages zu bewegen war.

Nur ein im Jagowitsch geschriebenes Schriftstück wurde den Streikenden eingehändigt, durch welches ihnen noch das Koalitionsrecht genommen werden sollte. Die Kollegen hatten jedoch kein Verständnis für diese „Zugelassene“ der Firma und lehnten dieselben ab. Am Sonntag abend wurden dann die Verhandlungen erneut wieder aufgenommen und gab dann die Firma nach und unterzeichnete den von uns eingereichten Vertragsentwurf. Die Kollegen sollten aus dieser Bewegung die Lehre ziehen, daß sie nur durch geschlossenes Zusammenhalten innerhalb der Organisation sich weitere Vorteile erringen können. Wenn sie das tun, dann werden auch im nächsten Jahre bei Ablauf des Vertrages weitere Fortschritte in Punkt Bezahlung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen sein.

Behnmarsharmonie in Senftenberg. Am 22. September hielt der harmoniebessige Kutcherverein ein Vergnügen ab, um seine Stärke zu zeigen. Je weiter aber der Zeiger der Uhr vorrückte, desto länger wurden die Gesichter der Prinzipalsirenen. Die Klasse zeigte noch immer den Boden. Um die Schmerzen zu lindern, griffen zwei Unternehmer etwas tief in die Westentaschen und spendierten je 10 Mk. Behn Marx ist für einen Arbeiter gewiß kein Pappenstiel, aber für die beiden Unternehmer bedeuten sie nichts als eine Kapitalanlage, die die dummen Kutcher einschläfert und sich sehr gut rentiert. Denn wenn die Kutcher einmal erwachen wollten, dann würde es für die Unternehmer kostspieliger werden. Mit der Arbeitszeit von 16 bis 18 Stunden und dem tieftaurigen Wochenlohn von 18 Mk. würde dann energisch aufgeräumt werden. Aber keine Angst, die Draben schlafen weiter — bis wir sie wecken.

Englische Transportarbeiter in Stuttgart. In der der letzten Woche besuchte bekanntlich eine Anzahl

von Arbeiterdelegierten des englischen Unterhauses unter Führung Macdonalds einige Städte Süddeutschlands, darunter Stuttgart. Durch Vermittlung des Genossen Kummer gelang es uns, auch die beiden Vertreter der Transportarbeiter: Wardi, Nebatteur der Eisenbahnerzeitung und Hudson, Vertreter der Transportarbeiter im englischen Parlament für eine Versammlung als Redner zu gewinnen.

In dem festlich geschmückten Saal der Brauerei Wulle drängten sich denn auch am letzten Samstag unsere Kollegen und Kolleginnen, dabei manch, der uns noch fern liegt, hinein, um den Ausführungen der Redner folgen zu können. Die Musikpelle der Straßenbahner ließ bis zum Eintreffen der englischen Gäste ihre nunteren Weisen erklingen, unterbrochen durch die Darbietungen des Gesangsvereins Cassaria, dessen Liebervorträge bei den Gästen rauschenden Beifall fanden.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache Dreher's erteilte er zunächst dem Kollegen Wardi das Wort, welcher etwa folgendes ausführte: Es sei bedauerlich, daß er seine deutschen Kameraden nicht in ihrer Landessprache begrüßen könnte, daß er uns nicht selbst sagen könne wie außerordentlich ihn der herzliche Empfang erfreue. Er hätte gerne auf unser Ersuchen den Vorschlag angenommen, bei uns zu sprechen und er könne sagen, daß die Vorstände in England ebenso freudig ihr Einverständnis kund gegeben hätten und ihn zugleich beauftragt, die besten Grüße an die deutschen Arbeitsbrüder zu überbringen. Ich zunächst erkaunt, so viele organisierte Transportarbeiter in Stuttgart anzutreffen und ist es ein gutes Zeichen des Fortschritts.

Wir in England haben viele Kämpfe geführt in den letzten Jahren, mit wechselndem Erfolg. Was ich hier anders habe, das ist die Art der Organisation. Es ist für Euch ungeheuer vom Vorteil, daß hier alles in großen Industrieverbänden zusammengefaßt ist, während die Arbeiter bei uns nach Branchen organisiert sind. Daher kommt es auch, daß 335 000 organisierte Arbeiter in England mehrere hunderte von Gewerkschaften bilden, die bislang ihre Lohnkämpfe immer allein geführt haben, was zur Folge hatte, daß selten etwas erreicht werden konnte.

Unsere Eisenbahnen sind nicht staatlich, sondern in Privatbesitz, verteilt in viele kleine Gesellschaften und Aktionäre. Aber auch mit den Organisationen der Eisenbahner ist es genau so. Ersreuerlicherweise ist man jedoch gegenwärtig daran, die Verschmelzung der vielen kleinen Gewerkschaften in die Wege zu leiten, um die Schlagfertigkeit zu erhöhen. Im letzten Jahre sind sowohl die Dicker als auch die Fuhrleute und Eisenbahner gemeinsam im Streik gestanden und da hat es sich gezeigt, was vereinte Kraft zu schaffen imstande ist. Ihr hier in Deutschland seid darin uns weit voran. Haben doch die Dicker in England allein 3 bis 4 verschiedene Gewerkschaften. Bei den Eisenbahnern ist das Verhältnis noch schlimmer. Solidarität war hier bis zum letzten großen gemeinsamen Streik etwas unbekanntes. Immer wurde einzeln gekämpft und was oft vorauszu sehen war, wurden wir auch einzeln geschlagen. Der letzte Streik hat dann auch urplötzlich die Solidarität geweckt. Die Unzufriedenheit, die Not trieb sie alle zusammen. Und die Einigkeit in Geist und Tat brachte uns mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit. Unter Streik entfachte auch den internationalen Gedanken wieder lebhafter und das Bewusstsein mit der Arbeiterschaft eng verbunden zu sein, stärkte den Mut und die Kampflust aller, selbst der Notleidenden.

Auch unsere Reise soll dazu beitragen, um die Kampfgemeinschaft zu festigen, sich besser kennen und verstehen zu lernen, um die internationale Brüder-schaft im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus zu stärken. Wir wollen nur das Wort in eurer Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, auf welchem das Wort „Centralisation“ steht als leuchtendes Vorbild dienen lassen und wir wollen wünschen, daß wir bald, recht bald, denn es ist notwendig, die letzten Streiks haben uns das bewiesen, auch selbst mit Stolz erklären können, wir sind gleich unseren deutschen Kameraden geeint. Ihr verfolgt unsere Kämpfe mit Sympathie, nun, auch wir tun bei euren desgleichen. Wir wünschen nur, daß ihr immer solche Erfolge zeugt und daß auch bei euch der Gedanke, den uns unsere Streiks gebracht haben: Eine solide internationale Vereinigung sämtlicher Transportarbeiter, weiter zur Tat werden möchte.

Nach der Uebersetzung durch Genossen Kummer nahm dann Hudson das Wort zu folgenden Ausführungen: Kameraden und Freunde: Ich stehe nun schon 30 Jahre lang im gewerkschaftlichen Kampfe, aber ich muß gestehen, ich habe noch selten eine solche Versammlung gesehen. Sie sind mit Sängern und Musikanten zu unserer Begrüßung erschienen. So etwas haben unsere englischen Transportarbeiter nicht. Wenn ich in eurer Muttersprache zu euch sprechen könnte, so würde ich sagen, es ist ein großer Schwundel, wenn gesagt wird die Arbeiter jenseits des Kanals haben andere Interessen als die diesseits des Kanals. Nein, trotz Sprachhindernissen, trotz großer Entfernung, trotz Kanal sind unsere Interessen beider-seits gleich. Nur der Mangel der Sprachkenntnisse hindert uns, unseren Gefühlen bereiten Ausdruck zu geben. Könnten unsere englischen Kollegen zu ihnen sprechen, so würden sie hören, daß ihre Interessen und ihre Kämpfe unsere Kämpfe sind. Wir alle streben nach dem großen gemeinsamen Ziele: Befreiung der Menschheit aus Knechtschaft und Not. Wir alle kämpfen um besseren Lohn, um kürzere Arbeitszeit, wir wollen mit unseren Frauen und mit unseren Kindern auch teilnehmen an den Genüssen des Lebens, damit daselbe wert ist gelebt zu werden. Die gesamte kapitalistische Presse Englands sei starr

gewesen vor Staunen, daß nun auf einmal die bislang so verachteten Arbeitsskizzen sich zu gemeinsamen Fühlen und Denken entschlossen hätten. Neberrall sei der Schreckenstuf erkümt: Das ist der Anfang der Revolution! Und das nur, weil wir etwas mehr Brot und kürzere Arbeitszeit für uns beanspruchten.

Weil, was noch niemals der Fall war, Einigkeit in Geist und Tat unter allen vorherrschte. Was war nur der Erfolg der Einigkeit: Lohnaufbesserung und Verkürzung der Arbeitszeit. Aber das wißt ihr deutschen Kameraden ja alle, ihr habt es uns ja lange genug vorgemacht. Sie haben ja auch die Verträge selbst gelesen. Das Resultat des Streiks läßt sich ja jetzt noch nicht ganz übersehen, sondern erst im Laufe dieses oder der nächsten Jahre.

Als ein wichtiger Erfolg der Bewegung ist der, wir haben unser System geändert. Wir haben von euch kämpfen gelernt. Wir waren wohl gezwungen, Schiedsgerichte einzusetzen, um die schwebenden Streitfragen zu regeln. Ob es besser ist so, oder wenn wir weitergekämpft hätten, kann noch nicht gesagt werden. Aber die Unternehmer aller Nationen sind eben besser organisiert als die Arbeiter. Wenn wir sie nochmals angreifen, müssen wir uns besser vorbereiten. Zur Vorbereitung gehört aber vor allen Dingen der Ausbau der Organisation. Dazu müssen wir auch, gleich euch, die Frauen heranziehen zur Mitarbeit. Auch sie haben ein gleiches Interesse an den Kämpfen ihrer Männer. Auch sie und ihre Kinder spüren die Not des Lebens. Auch sie möchten etwas mehr Muße haben, sich des Lebens zu erfreuen. Ich muß sagen, ihr kennt eure Sache besser als wir. Wir versuchen, wie bereits Wardi sagte, in den letzten Jahren von euch zu lernen. Wir wollen hoffen, daß wir uns gegenseitig noch besser verständigen und kennen lernen. Haben wir doch ein großes gemeinsames Ziel, die Menschheit höher zu heben.

Wir kennen keine Gegensatz zwischen den einzelnen Nationen, wir kennen nur die Notwendigkeit eines internationalen Zusammenflusses sämtlicher Arbeiter. Wir kennen nur die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen Ausbeutung, gegen Unterdrückung. Darum möchte ich ihnen zum Abschied rufen: arbeitet weiter so wie bisher, wir sind bemüht, es euch nachzutun!

Draußen der Beifall durchdröhte nach der Uebersetzung des Genossen Kummer den Saal. Lautlos hatten die 12-1300 Personen den Ausführungen zugehört. Es war so ordentlich ein Gefühl der Zusammengehörigkeit vorhanden.

In einem kernigen Schlußwort sagte Dreher all das Gehörte zusammen. Er wies daraufhin, daß wir trotz des Lobes keine Veranlassung hätten, die Hände in den Schoß zu legen, im Gegenteil müsse noch mehr wie seither gearbeitet werden. Nur durch Kampf kommen wir zum Sieg. Mit einem feurigen Wappell, dieser Tatsachen eingedenk zu sein und nimmer müde zu werden in der Werbung neuer Kämpfer fand die imposante Versammlung ihr Ende.

Oessentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Arensvalde. Am Sonntag, den 15. September, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Ein Kollege aus Berlin hielt einen Vortrag über Organisation der Unternehmer, in dem er hervorhob, daß die Arbeitnehmer um so mehr sich zusammenschließen müssen, da sie ja Hilfe von bürgerlicher Seite nicht zu erwarten hätten. Dieses täfte für Arensvalde in erster Linie zu und ist festzustellen, daß gerade allda, wo Organisationen der Arbeiter nicht vorhanden, dies lange Arbeitszeit, geringen Lohn, schlechte Behandlung, aufzuweisen haben. Dieses trifft auch für Arensvalde zu und ist es mit Freunden zu begründen, daß endlich unsere Kollegen sich auferafft hätten, um Hand anzulegen, damit die Verhältnisse für unsere Kollegen in Arensvalde endlich verbessert würden.

Es hieße aber auch nun, seinen Mann stehen und sich nicht wankelmütig machen lassen, und ist es in erster Linie notwendig, die junge Organisation auszubauen. Bei einigem guten Willen ist dieses leicht zu erreichen und könnte man schon im nächsten Jahre, wenn jeder Berufscollege von Arensvalde dem Verbände zugeführt wäre, an eine Erhöhung des Lohnes und der Verkürzung der Arbeitszeit herangegangen werden. Darum lautet nun einmal die Parole: Frisch gewagt, ist halb gewonnen. Nachdem noch ein Hilfs-kassierer und 2 Revisoren gewählt wurden und sich wiederum einige Kollegen aufnehmen ließen, wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Am 15. September fand eine Mitgliederversammlung der Branche 2 (Sektion 5), umfassend alle der in den Eisengießereien, Maschinenfabriken und Fahrstuhlindustrie beschäftigten Kollegen, statt. Die Tagesordnung lautete: Vortrag über: „Wirken die Gewerkschaften kulturfördernd?“, Eröffnung von Delegierten, Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ließ der Besuch viel zu wünschen übrig. Von großem Vorteil für die Kollegen wäre es, wenn sie sich an dieser, nur alle Vierteljahr einmal stattfindende Versammlung reger beteiligen möchten. Denn gerade die Lohn- und Arbeitsverhältnisse obengenannter Kollegen, welche noch weit unter dem Niveau der in den anderen Branchen beschäftigten Kollegen stehen, bedürfen dringend einer Aufbesserung. Einstellungslohne zwischen 38 bis 40 Pf. die Stunde sind keine Seltenheiten. Auch die Arbeitszeit ist eine Überlange; beträgt so doch noch in verschiedenen Betrieben 12 und noch mehr Stunden täglich. Hier bewahrheitet es sich wieder, je länger die Arbeitszeit, desto niedriger der Lohn. In seinen Ausführungen zeigte der Referent an verschiedenen Beispielen, wie die Gewerkschaften bestrebt sind, Kulturfördernd für die Kollegen einzu-

Verbandskollegen!
Der Beitrag für die 41. Woche
ist fällig.

treten, nicht nur auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsfrage, sondern auch in rechtlichen, kulturellen, sittlichen und hygienischen Fragen, in einem Wort, auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Um diesen Bestrebungen nicht hindernd in den Weg zu stehen, ist es Pflicht eines jeden Hilfsarbeiters, sich der Organisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband anzuschließen. Reicher Beifall lohnte den Referenten zum Schluß seiner Ausführungen. Alsdann wurde zur Wahl von vier Delegierten geschritten. Der Branchenleiter wies gleichzeitig darauf hin, daß es Pflicht der Delegierten sei, die örtlichen Generalversammlungen zu besuchen. Hierauf trat Schluß der Versammlung ein.

Bremerhaven. In der letzten außerordentlichen Generalversammlung unseres Verbandes wurde der Antrag der Holzplatarbeiter um Gewährung einer Mietschadensabfindung angenommen. Um diese, bei jeder Bewegung von längerer Dauer wiederkehrende Frage endgültig zu regeln, wurde weiter beschlossen, den Beitrag ab 1. Oktober d. J. von 55 auf 60 Pf. zu erhöhen. Durch diese Maßnahme wird erreicht, daß allen Kollegen bei Bewegungen von längerer Dauer eine Mietschadensabfindung gewährt werden kann. Die Ausarbeitung eines diesbezüglichen Statuts wurde der Ortsverwaltung überwiesen. — Zur Zeitungssagitation wurde betont, daß sämtliche Kollegen nach besten Kräften sich an der Agitation zur Verbreitung der „Norddeutschen Volksstimme“ beteiligen müssen. Leider sei noch zu verzeichnen, daß ein Teil der Arbeiter Leser der bürgerlichen Zeitungen seien. Wie aber die Kollegen bei jeder Gelegenheit von diesen Zeitungen über's Ohr gehauen würden, das habe erneut die letzte Bewegung der Holzplatarbeiter bewiesen. Deshalb müsse die Parole aller Arbeiter sein: Fort mit der bürgerlichen Presse! — Nachdem noch vier Kollegen als Ordner zum Bildungsausschuß gewählt worden waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Breslau. In unserer am 11. September 1912 abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt der Vorsitzende einen Vortrag über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft“. Die Ausführungen, welche bei den Versammelten großes Interesse erweckten, erzielten reichen Beifall. Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit einem Antrag betreffend Ausschluß von fünf Kollegen. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß die Ortsverwaltung alles getan habe, um Ausschüsse von Kollegen zu verhindern, jedoch war es in vorliegenden Falle nicht anders möglich, als zu vorliegenden Mittel zu greifen. Da es sich hier um Berufskollegen handelt, welche ihren kämpfenden Kollegen in der Expedition, bei der Schl. Montan-Gesellschaft und beim Kohlelegerstreik in den Rücken gefallen sind und sich deshalb eines schweren Vorgehens gegen unser Statut schuldig gemacht haben, ist der Ausschluß zur Geringe begründet. Die Versammelten beschlossen daher gegen 2 Stimmen, den Ausschluß beim Vorstand zu befürworten. Es sind dies die Expeditionsarbeiter Häber, Verthold, Schumte, die Lagerarbeiter Friedrich Schöngarth, und der Hilfsarbeiter Heinrich Mückenau.

Zum Schluß nahm die Versammlung noch Kenntnis, daß für den Kassierposten der Kollege Paul Werhald von Seiten des Hauptvorstandes bestimmt worden ist und seinen Dienst am 1. September cr. angetreten hat.

Eberswalde. Endlich, nach ca. 5 Jahren, ist es gelungen, hier in diesem ausblühenden Industrie-Städtchen unsere Kollegen so weit zu bringen, daß sie sich unserem Verbande angeschlossen. Schon im Jahre 1903 wurde in Eberswalde eine Zastelle unseres Verbandes gegründet, jedoch nach vierjährigem Scheitern ging diese wieder ein und alle Versuche, festen Fuß zu fassen, schlugen fehl. Nun sind ja, wie bekannt, die Verhältnisse immer stärker als der Mensch, und sind es gerade die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Eberswalde, die endlich dazu beitragen, daß unsere Kollegen anfangen, nachzudenken.

Am Dienstag, den 17. September, fand eine Versammlung statt, in der die grundlegenden Vorbedingungen zur Schaffung einer Verwaltungsstelle beraten wurden. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Vortrag unseres Gauleiters ließen sich sofort 17 Kollegen in den Verband aufnehmen. Ein Zeichen, daß der Drang nach Zusammenschluß unter den Kollegen vorhanden war. Es wurde beschlossen, mit der Gründung einer Zastelle nicht zu warten, sondern diese gleich zu schaffen und wurden die Kollegen Krendt, Müller und Kalkbrenner in den Vorstand gewählt. Ferner wurde beschlossen, Sonntag, den 23. September, nachmittags 3 Uhr eine weitere Versammlung abzuhalten. Diese Versammlung war wieder gut besucht und ließen sich, nachdem der Gauleiter einen Vortrag über den Werdegang und Bedeutung unseres Verbandes gehalten, abermals ein Teil Kollegen in den Verband aufnehmen. Es wurde beschlossen, sich dem Gewerkschaftsstatut anzuschließen und an jedem Sonntag nach dem ersten eines Monats unsere Versammlung abzuhalten. Nach einem kurzen Schlußwort des Gauleiters wurde die Versammlung geschlossen.

Rögnitzberg i. Pr. Am Dienstag, den 24. September fand eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung statt. Genosse Marchwald hielt einen Vortrag

über: „Sechzig Jahre Dreiklassenwahlrecht“. Referent wies in seinen Ausführungen auf die Entstehung des preussischen Dreiklassenwahlrechts sowie des Reichstagswahlrechts hin. Er brachte die Vorgänge von 1848, die blutigen Kämpfe von 1849, die Zeiten der „Landratskammer“, der neuen Ära den Anwesenden in Erinnerung und gab eine kurze Darstellung der Nachverhältnisse zur Zeit der Reichsgründung. Der Redner schilderte, wie der jetzige Liberalismus des Bürgeriums mehr und mehr zur Feigheit herabgesunken sei und nicht einen gemeinsamen Kampf mit der modernen Arbeiterschaft gegen das Dreiklassenwahlrecht aufzunehmen gewillt sei, obgleich ein „königliches“ Wort die Verbesserung des preussischen Dreiklassenwahlrechts als die wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet habe. Der Referent ist zum Schluß der Ansicht, daß nicht früher eine Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts eintreten können, als bis die Arbeiterschaft aus eigener Kraft stark genug sein wird, es durch ein demokratisches Stimmrecht zu ersehen; vielleicht würde es nicht früher verschwinden, als bis die schwarz-weiße Fahne vom Schlosse zu Berlin heruntergeholt und an deren Stelle die rote aufgezflanzt werden würde.

Unter „Verschiedenem“ wurden noch einzelne interne Verbandsangelegenheiten erledigt. Allgemeines Befremden erregte es, daß in einer Versammlung des Zimmererverbandes behauptet worden war, daß auf dem Zimmererplatz von Gschmann mehrere organisierte Transportarbeiter als Zimmererlehrlinge Arbeitswilligenarbeit verrichten sollten. Auf Nachfrage beim Zimmererverband wurde geantwortet, es solle angeblich und nur vermutlich ein Transport-

Die Adresse der „Volksfürsorge“.

Alle Interessenten werden gebeten, davon Kenntnis zu nehmen, daß Zusendungen an die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung „Volksfürsorge“ fürs erste an die Verlagsausstatt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg 1, Wespensbinderhof 52, zu richten sind. Am 1. Oktober bezieht die „Volksfürsorge“ ein eigenes Bureau. Ihre Adresse lautet dann: Versicherungsgesellschaft „Volksfürsorge“ in Hamburg 5, Beim Strohhause 32, I., links.

arbeiter Streibrechtendienste geleistet haben und ob der Mann organisiert sei, konnte mit Bestimmtheit nicht behauptet werden. Dem Kartell soll die Angelegenheit im Reichwerbeweg unterbreitet werden.

Langenbielau. In unserer am 7. d. M. stattgefundenen Versammlung kamen auch die niedrigen Löhne der bei der Millionenfirma Chr. Dierig beschäftigten Kollegen zur Sprache. Dieselben erhalten ganze 10,75 Mk. die Woche ausgezahlt, für wöchentlich 78 Stunden Arbeitszeit, ohne die Sonntagsarbeit, das macht nicht ganze 14 Pfennige auf die Stunde. Nur den einen Vorzug haben diese Kollegen, daß sie bei der Firma freie Wohnung erhalten; ist aber das Arbeitsverhältnis gelöst, sofort muß auch die Wohnung leer sein. Dann erhalten die Kollegen in einem Jahre 20 Mk. in drei Raten ausgezahlt; die Firma schlägt mit diesem Mittel zwei Fliegen mit einer Klappe. Ferner wurde die rigorose Behandlung scharf gerügt, aber ein Teil der Kollegen ist daran selbst schuld. Wird ein Kollege mit dem Dehneniemer vorne rausgejagt, so kommt er hinten wieder herein und bittet, bleiben zu dürfen. Nur ein kleiner Prozentsatz hat es für nötig befunden, sich zu organisieren, während der Fünftel der Arbeiter unorganisiert sind. An den Kollegen liegt es selbst, sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Dazu hilft an erster Stelle der deutsche Transportarbeiterverband und zweitens die Kollegialität unter den Kollegen selbst. Des weiteren hat die Firma Dierig für die bei ihr beschäftigten Arbeiterinnen eine Fürsorgekassette für Wäscherinnen errichtet. Einmal Tages kam die Fürsorgekassette zu der Frau eines Kollegen und empfahl der Frau, sie solle doch für 10 Pf. Wäsche kaufen, das gebe eine kräftige nahrhafte Suppe. Die Frau hat aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht; bei einem Lohn von 10,75 Mk. die Woche ist bei den hohen Lebensmittelpreisen an Fleischgenuß gar nicht zu denken. Ferner wurde in der Versammlung der Beschluß gefaßt, eine Statistik zu erheben, wieviel Kollegen der Partei und der Genossenschaft angehören, und welche Zeitung unsere Kollegen und Kolleginnen lesen.

Wemel. Am Sonntag, den 22. September cr., hielten die Kollegen aller Branchen ihre Monatsversammlung ab. Der Kollege sprach über die gegenwärtige Fleisch- und Lebensmittelteuerung. Er hob in seinen Ausführungen hervor, daß eine derartige Lebensmittelteuerung schon seit Jahren nicht zu verzeichnen gewesen ist. In den früheren Jahren wirkte eine Hungersnot als ein ganz außerordentliches Ereignis, daß das Mitleid und die Hilfsbereitschaft auch der unbeteiligten erregt hat. Aber der Kapitalismus bewirkte, daß die Teuerung keine vorübergehende Erscheinung ist. In den früheren Jahren habe die Bevölkerung hungern müssen, wenn durch Mißernte oder Überschwemmung alles zerstört worden sei, heute hungere die Bevölkerung nur deshalb, wenn von allem zuviel da ist. Heute mache sich die Hungersnot bemerkbar, wenn Magazine und Speicher überfüllt wären. Deshalb werden heute Getreide und auch andere Gebrauchsgüter aufgeschichtet und nicht eher zum Verbrauch herausgegeben bis sie ordentlich im Preise gestiegen sind. Auch die Grenzsperrung und der Zoll teure die Lebensmittel im Inlande ganz außerordentlich.

Es gebe keine andere Lösung als die Grenzsperrung aufzuheben, denn nur dadurch wäre es möglich die Bevölkerung vor Unterernährung zu schützen. Zum Schluß empfahl er den Anwesenden die gewerkschaftliche und politische Organisation zu stärken, und den Konsumverein nach besten Kräften zu unterstützen. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Sagan. Sonntag, den 15. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche trotz der wichtigen Tagesordnung nur von 50 pCt. der Mitglieder besucht war. Unter anderem stand die Ausrichtung aus der dritten in die erste Beitragsklasse mit zur Beschlusfassung. Der Bevollmächtigte erläuterte eingehend die Vorteile, welche die Kollegen durch die höheren Beiträge erlangen, auch wies er darauf hin, daß wir doch nicht die letzten sein wollen, die den niedrigen konstanten Beitrag im Gau 2 bezahlen. Nach kurzer Aussprache wurde die Erhöhung einstimmig beschlossen; dieselbe tritt am 1. Januar 1913 in Kraft. Die Kollegen werden ersucht, unter den nicht Anwesenden für diesen Beschluß zu wirken. Zur Vornahme einer Hausagitation werden die Kollegen ersucht, dem Bevollmächtigten Adressen von unorganisierten Kollegen zu übermitteln, damit die Ortsverwaltung dann die weiteren Schritte einleiten kann, um in Kürze einen Vorstoß zu machen, damit noch im laufenden Jahre das Heer der Unorganisierten beträchtlich verringert wird. Darum Kollegen auf zur Agitationsarbeit, keiner stehe zurück, jeder muß leisten, das Ganze zu vollenden. Nur durch eine starke Organisation ist es möglich, die hier bestehenden miserablen Zustände zu beseitigen. Darum alle Mann ans Werk: „Verzinte Kraft alles schafft“. Auf Antrag wurde noch beschlossen, Sonnabend, den 2. November ein Familienfränzchen abzuhalten, damit den neugeborenen Kollegen Gelegenheit gegeben wird, mit ihren Frauen einen vergnügten Abend zu verbringen. Auch soll versucht werden, bei dieser Gelegenheit Unorganisierte heranzuziehen, um auch hier agitatorisch zu wirken. Die Kollegen allerwärts werden noch ersucht, falls Bader von Sagan in ihren Ort kommen, dieselben nach der Legitimationskarte zu fragen resp. sich diese vorzeigen zu lassen und diejenigen ohne Karte entsprechend zu behandeln, wie es solche Helden und Schmarotzer verdienen.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Die Adresse des Verbands-Ausschusses ist: August Lübecke, Magdeburg, Schrotestr. 17 vorn 3 Tr.

Neue Verwaltungsstellen wurden geändert am 17. September 1912 in Eberswalde. Bev.: Paul Ahrendt, Eichwerberstr. 69; Kass.: Paul Müller, Eichwerberstr. 12. Am 15. Sept. 1912 in Lörrach. Bev.: Josef Schmidl, Vorstadtstraße 9; Kass.: Friedrich Meier, Kreuzstr. 21.

Verloren gegangen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Hamm: van Diepen, Spl.-Str. 238 150, eingetr. 22. 10. 10 in Dortmund.

In Frankfurt a. M.: Karl Edelmann, Spl.-Str. 170 315, eingetr. 8. 7. 12.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Das Mitglied August Nint, Spl.-Str. 236 265, eingetreten 28. 7. 09 in Karlsruhe, ist von dort abgereist, ohne seine Verpflichtungen dem Verband gegenüber erfüllt zu haben. Sollte sich Nint irgendwo melden, dann ist ihm sein Verbandsbuch abzunehmen und unter Mitteilung seiner jeweiligen Adresse an den Unterzeichneten zu senden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Arter 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kähler, Berlin SO. 16, Engel-Arter 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Bekanntmachung.

Für unsere Mitgliedschaft können Schiffer am Rhein suchen wir einen tüchtigen Kollegen, der in Mainz seinen Sitz haben und von dort aus die Agitation betreiben soll. Es wird nur auf eine wirklich fähige und auch rednerisch tüchtige Kraft reflektiert. Bewerber muß mindestens 3 Jahre Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation und mit den einschlägigen Arbeiten vertraut sein.

Handschriftliche Offerten sind unter Schilderung der bisherigen Tätigkeit und Befähigung einer ausführlichen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten bis 20. Oktober d. J. an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Der Verbands-Vorstand.

J. A.: O. Schumann.

Ortsverwaltung München.

Unser Büro befindet sich seit 1. Oktober d. J.

Postlorenzstraße 42/44, I.

Telefon: 51557.

Die Verwaltung.

Verantw. Redakteur: Karl Mühlhahn, Lichtenberg-Berlin.

Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.

Druck: Maurer & Dimnick, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.